Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

34 (10.2.1932)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig ○ Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungszieles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt ○ Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. ○ Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, zuzüglich 41 Pfg. Trägerlohn ○ Ohne Zustellung 1,90 Mark ○ Durch die Post 2,36 Mark ○ Einzelverkauf 10 Pfennig ○ Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr ○ Postscheckkonto 2650 Karlsruhe ○ Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 ○ Fernruf 7020/7021 ○ Volksfreund-Filialen Durlach, Hauptstr. 9: B.-Baden, Jagdhausstr. 12; Rastatt, Rosenstr. 2· Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 34 — Karlsruhe, Mittwoch, den 10. Februar 1932 — 52. Jahrgang

Eine Mahnung an die Völker

Brünings eindrucksvolle Rede in Genf – Für den Frieden – Warnung vor einer Katastrophe

Die Vorschläge Amerikas

TNB. **Genf**, 9. Febr. (Eigene Meldung.) Die Rede des Reichskanzlers auf der Abrüstungskonferenz ist das Ereignis des heutigen Tages. Sie hat einen außerordentlich starken Eindruck in allen Kreisen der Konferenz gemacht. Die Rede wurde von den großen Nachrichtenbüros teilweise im vollen Wortlaut aufgenommen und nach dem Auslande übermittelt. Der Andrang des Publikums war heute besonders stark. Schon lange vor Beginn der Sitzung waren die Publikumstribünen überfüllt. Die Reihen der Delegierten, die sich während der Uebersetzung der Rede Gibsons etwas gelichtet hatten, füllten sich rasch, als in den Wandelgängen Glockenzeichen ankündigten, daß der deutsche Vertreter das Wort ergreifen werde. Die Tribünen der Diplomaten und Fachberater der Delegationen waren brechend voll. Kurz vor 11 Uhr flammten an der Stirnseite des Saales die Lichter auf und der Präsident verkündete unter lautloser Stille der ganzen Versammlung: „Das Wort hat Dr. Brüning, Kanzler des Deutschen Reiches". Als Brüning, der in der ersten Reihe seinen Platz hat, der Rednertribüne zueilte, wurde er von der Versammlung durch Händeklatschen stürmisch begrüßt.

Es dauerte einige Minuten, bis der Kanzler das Wort ergreifen konnte. Allgemein wurde bemerkt, daß bis jetzt keinem Redner von der Versammlung eine solche Ovation dargebracht wurde wie dem deutschen Kanzler. Wiederholt wurden die Ausführungen Dr. Brünings von der Versammlung mit starkem Beifall unterbrochen, insbesondere an den Stellen, wo er mit Würde und Entschlossenheit die Aufgabe der Abrüstungskonferenz umriß, und er sich gegen die Verfälschung des Abrüstungsgedankens wandte.

Die Konferenz stand unter dem Eindruck einer wahrhaft staatsmännischen Rede, die ihre besondere Bedeutung dadurch erhielt, daß sie von dem deutschen Regierungschef gehalten wurde. Man empfand es als einen Vorzug, daß hier kein Abrüstungsfachmann in technischem Sinne sprach, sondern der für die Politik seines Landes verantwortliche Staatsmann, dem es nur auf die großen Gesichtspunkte ankam. Die Rede brachte ebenso entschieden die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit wie der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung und gleicher Sicherheit zum Ausdruck.

Rede Gibsons

WTB. **Genf**, 9. Febr. Der stellvertretende Führer der amerikanischen Delegation, **Botschafter Gibson**, führte auf der heutigen Vollsammlung der Abrüstungskonferenz aus, Amerika werde nichts unversucht lassen, um tatsächlich einen Fortschritt in der Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen zu erzielen. **Man müsse kleinliche Sonderinteressen vergessen und auf eine großzügige Zusammenarbeit hinstreben.** Amerika halte die gegenwärtigen Ausgaben der Welt für Rüstungszwecke für unnötig und unentschuldbar.

Niemand könne bestreiten, daß diese Rüstungen nicht nur die Folge, sondern auch die Ursache der gegenwärtigen politischen Unsicherheit sind. Niemand könne bezweifeln, daß sie nicht nur zum wirtschaftlichen Niedergang beitragen, sondern den Weltfrieden ernstlich bedrohen.

Das amerikanische Volk betrachte die Fortdauer dieser Zustände als ein Versagen der Staatsmänner. Die Zeit sei vorbei, wo die Weltvölker dieses Versagen lange ruhig mitansähen. Das Wettrüsten und die Militärbündnisse seien nicht imstande gewesen, den Frieden zu erhalten, sondern hätten im Gegenteil Kriege hervorgerufen, unter deren Folgen Sieger und Besiegte leiden.

Das System der Antikriegsverträge reduziere die Notwendigkeit nationaler Rüstung auf erstens die Wahrung der Ruhe und Ordnung im Innern, und zweitens die Verteidigung der Landesgrenzen.

Amerika habe von den Vorschlägen Tardieus und Sir John Simons mit Interesse Kenntnis genommen. Die amerikanische Regierung habe keinen neuen allumfassenden Plan. Aber die amerikanische Regierung befürworte folgende Punkte:

1. Zugrundelegung des Konventionsentwurfs als praktische Diskussionsbasis unter völliger Bereitschaft, zusätzlicher Vorschläge zu diskutieren,

2. Verlängerung der Lebensdauer der bestehenden Flottenabkommen unter möglichstem Beitritt Frankreichs und Italiens.

3. Proportionale Herabsetzung der Tonnageziffern in den Flottenabkommen, sobald alle Unterzeichner des Washingtoner Abkommens dem Londoner Flottenvertrag beigetreten sind,

4. Abschaffung des Unterseeboots,

5. möglichst wirksame Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Fliegerangriffen,

6. Abschaffung von tödlichen Gasen und bakteriologischer Kriegsführung.

7. Beschränkung der Landheere auf die notwendige Zahl für die Ordnung im Innern und den Grenzschutz,

8. Beschränkung der Verwendung von Tanks und schweren fahrbaren Geschützen.

Die Staatsmänner, die hier versammelt sind, tragen zudem die Verantwortung einer der Welt feierlich gegebenen Zusage.

Ich erinnere daran, daß die Sieger des Weltkrieges bei Vorlegung ihrer Friedensbedingungen ausdrücklich als ihr gemeinsames und feierliches Bekenntnis niedergelegt haben, daß die allgemeine Herabsetzung und allseitige Beschränkung der Rüstungen eines der besten Mittel zur Kriegsverhütung sei und daher als eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes betrachtet werden müsse. Hierin ist klar zum Ausdruck gebracht, daß die allgemeine Sicherheit die staatliche Sicherheit nicht gefährdet, sondern fördert, daß sie also mit der Verantwortung der Staatsmänner für die Sicherheit des eigenen Landes nicht in Widerspruch steht, sondern im Gegenteil gerade in ihrem Sinne liegt.

Es gibt nichts, was uns, die wir hier versammelt sind, von der Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer klaren Lösung für die allgemeine Abrüstung freisprechen könnte. Große und kleine Staaten tragen diese Verantwortung in gleichem Maße; denn das Grundprinzip des Völkerbundes ist die Gleichberechtigung.

Das **Deutsche Reich**, für dessen Politik ich die Verantwortung trage, **ist bereit**, an der vor uns liegenden Aufgabe mit ganzer Seele mitzuarbeiten und nach seinen Kräften alles Verantwortbare zu tun, um im Sinne der Verkünder des Abrüstungsgedankens und entsprechend ihrem im Völkerbundspakt niedergelegten Grundsätzen diese Konferenz zu einem abschließenden Ergebnis zu führen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung.

Deutschland hat darauf einen rechtlichen und moralischen Anspruch, der von niemand in Zweifel gezogen werden kann. Das deutsche Volk erwartet von dieser Konferenz die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker. Unsere Delegierten sind beauftragt, mit aller Energie die Verwirklichung dieses Zieles zu betreiben.

Die deutsche Delegation kann aber zum Ausgangspunkt der praktischen Arbeiten nicht den Konventionsentwurf nehmen, den die vorbereitende Kommission ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf entspricht nicht den Erfordernissen des Tages. Er ist lückenhaft und schweigt über wesentliche Punkte.

Die deutsche Delegation behält sich vor, zu gegebener Zeit der Konferenz Vorschläge zu unterbreiten, die diesem Mangel abhelfen. Ziel dieser Vorschläge wird sein, der allgemeinen und wirksamen Herabsetzung der Rüstungen praktische Wege zu eröffnen und den in neuen Vertragswerken, insbesondere dem Kelloggpakt, erfolgten **Verzicht auf den Krieg** durch **Verbot** und besondere **Beschränkung** aller der **Waffen** Rechnung zu tragen, die vorzugsweise dem **Angriff dienen.** Für solche Maßnahmen, die Kern und Wesen der Rüstungen treffen, können die letzten Ziele dieser Konferenz verwirklichen. Allen Staaten ihr Recht auf Sicherheit zu verwirklichen.

Es wird keinen Vorschlag geben, zu dessen objektiver Prüfung die deutsche Delegation nicht bereit wäre. Ihre Zustimmung und Unterstützung ist allen Anstrengungen zu sichern, die tatsächlich ohne weiteren Verzug einen wirklichen Abrüstungseffekt erzielen. Sobald diese grundlegende Voraussetzung gesichert ist, bleiben Methode und Wege der Verwirklichung dieses Zieles der Erörterung und Vereinbarung offen. Vorschläge allerdings, die eher einer **Umgehung** als einer Verwirklichung des von den Völkern erwarteten Konferenzzieles dienen könnten, würden auf die sachliche Kritik und den Widerstand aller derer gefaßt sein müssen, die der Weltöffentlichkeit und den kommenden Generationen gegenüber sich für ein gerechtes und lebensfähiges Ergebnis dieser Beratungen verantwortlich fühlen.

Ich mache keinen Hehl daraus, daß, wie übrigens auch sonst in der Welt, in Deutschland nach manchen bitteren Erfahrungen vielfach ein starker Zweifel gegenüber den Genfer Arbeiten laut geworden ist. Aber

es liegt nur an der positiven Arbeit dieser Konferenz, solche Zweifel zu widerlegen.

Sie werden verschwinden, wenn hier das große Ziel erreicht wird. Nirgends in der Welt würde das mit tieferer Befriedigung begrüßt werden als in Deutschland; denn das deutsche Volk trägt in seinem Herzen aufrichtigen Friedenswillen. Es ist sich klar darüber, daß **nur durch eine allgemeine, nachhaltige, gleichzeitige, ohne Vorbehalte und Hintergedanken beschlossene und durchgeführte Abrüstung die lähmende Spannung in der Welt beseitigt und die Menschheit wieder mit Vertrauen und Unternehmungslust erfüllt werden kann.**

Ich erkläre hiermit, daß Deutschland als ein vollberechtigtes und voll verpflichtetes Mitglied des Völkerbundes und dieser hohen Versammlung mit allem Nachdruck eintreten wird für eine allgemeine Abrüstung, für eine Abrüstung unmißverständlicher Art, wie sie im Völkerbundspakt für alle Mitglieder in gleicher Weise vorgesehen ist, eine allgemeine Abrüstung, die für alle Völker nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird und für alle Völker ein gleiches Maß von Sicherheit schafft.

Deutschland wird im Geiste weitgehendster Solidarität und Verständigungsbereitschaft, aber auch mit unbeirrbarer Energie diesem Ziele zustreben.

Die Rede Brünings

Nach dem amerikanischen Vertreter nahm **Reichskanzler Dr. Brüning** das Wort. Der Kanzler führte dabei aus:

Wenn ich in dieser feierlichen Stunde das Wort ergreife, so bin ich mir bewußt, daß diese Zusammenkunft, zu der sich die **Regierungen der ganzen Welt** vereinigt haben, einen **Vorgang von einzigartiger welthistorischer Bedeutung** darstellt. Seit langem hat das **deutsche Volk diese Stunde ersehnt.**

Die Stunde für die Beratungen ist gut gewählt; denn die Auffassungen der Menschheit sind ohne Zweifel in der Abrüstungsfrage in einem bedeutsamen Wandel zu fortschrittlicheren und veredelten Formen zwischenstaatlichen Denkens und Handelns begriffen. Was bisher als Wunschbild die Geister beschäftigte, soll sich auf dieser Konferenz zum verpflichtenden Gebot des Völkerrechts verdichten.

Es soll nicht mehr jedes Land allein über seine Rüstungen bestimmen, sondern die Art und der Umfang der Rüstungen sollen durch gemeinsame Verhandlungen aller Staaten vereinbarlich festgelegt werden.

Das Friedenswerk, das mit der Gründung des Völkerbundes eingeleitet werden sollte und durch spätere Akte, wie den Kelloggpakt, weitergeführt wurde, ruft gebieterisch nach der Durchführung des Abrüstungsgedankens. Die vereinbarliche freiwillige Abrüstung der Staaten ist neben der großzügigen und entschlossenen Liquidation der wirtschaftlichen und finanziellen Restbestände des Krieges, die den Wiederaufbau der Welt stören, der wichtigste Schritt.

Unseren Frontkämpfern von ehedem steht das Bild des Weltkrieges in seiner ganzen Furchtbarkeit unverwischt und unverlierbar vor Augen. Wenn es unserer Generation, der Generation der alten Combattanten nicht gelingt, ein Bollwerk gegen die Wiederkehr solcher Katastrophen wieder aufzurichten, wie soll es dann den Nachfahren gelingen, die die Verhinderung des Krieges wohl als Ideal, aber nicht so lebendig wie wir als unbedingte Notwendigkeit und Pflicht empfinden werden?

Der Wille zum wahren Frieden, ein Gebot der christlichen Gesinnung, das ist das erste und wesentlichste Erfordernis, das jeder der an dieser Konferenz beteiligten Staaten mitbringen muß, wenn sie einen Erfolg haben soll. Nicht einzelne Personen, nicht Gruppen pazifistischer Träumer, sondern die organisierten Millionen der Kirchen, der Arbeiterschaft, und immer bedeutungsvoll, der Frauen, haben ihren Willen, ihr Verlangen klar zum Ausdruck gebracht. Ich bin überzeugt, daß auch jede der hier vertretenen Regierungen wünscht, daß es ihr gelingen möchte, die Lebensziele ihres Landes auf friedlichem Wege zu erreichen.

Daher muß der neue Wille zum Frieden die Verfolgung eines Interesses auf kriegerischem Wege als Mittel der nationalen Politik bewußt außer Rechnung stellen.

Jeder muß mit **ehrlichem** Gewissen prüfen, wie weit er unter der Voraussetzung einer

allgemeinen gleichen Abrüstung aller Staaten

seine Rüstungen auf das im Völkerbundspakt vorgesehene Minimum nur irgendwie senken kann.

Daher fort mit dem Streben, die eigenen militärischen Kräfte so hoch wie möglich zu halten und die des Nachbarn soviel wie möglich herabzudrücken.

Fort mit dem Bestreben, sich selbst mit dieser oder jener Interpretation der Bestimmungen die Möglichkeit militärischer Kraftentfaltung zu sichern und die anderen zu nehmen. Das ist der Weg, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen und den heute bestehenden unseeligen Zustand des bewaffneten, auf ungleichen Rechten aufgebauten Friedens aufrecht zu erhalten.

Denn die Abrüstung ist unbedingt notwendig, um neben anderen bedeutsamen Schritten die unerträgliche Spannung zu beseitigen, die heute lähmend auf der ganzen Welt lastet und die Weltwirtschaft von Tag zu Tag mehr zum Stillstand bringt. Bei allen internationalen Bemühungen um Beseitigung der Not der Gegenwart ist immer und immer wieder in elementarster Form die Erkenntnis zum Ausdruck gekommen, daß die erste Voraussetzung für das Gelingen solcher Bemühungen die **Wiederherstellung des Vertrauens** ist. Nun, hier haben wir die Gelegenheit, diese Voraussetzung ganz zu erfüllen. Die Abrüstung kann eine Realität schaffen, die, wie nichts anderes, das Vertrauen der Völker zu stärken vermag. Die wirtschaftliche Not der Welt beruht im gegenwärtigen Zeitpunkt zweifellos in erster Linie auf den politischen Zahlungen und den übertriebenen ungleichen Rüstungen.

Die Welt darf nicht daran zugrundegehen, daß die Staatsmänner den Mut nicht finden können, die Erkenntnis, die sie in ihrem Innern tragen, entschlossen und einmütig zu verwirklichen.

Hitlers Präsidentschaftsplan

Frick als Schrittmacher – Dreckschleuder in Permanenz – Der Stahlhelm lehnt ab – Pumpwirtschaft mit folgender Pleite

Der Münchener Osaf und Gendarm von Hildburghausen weilt seit Dienstag in Berlin. Wie es sich für ihn geziemt, hat er mit seinem „Stab" ein ganzes Appartement in einem der vornehmsten und damit teuersten Berliner Hotels belegt. Als Zweck seiner Reise schwebte ihm vor,

seiner Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl im zweiten Wahlgang den Sieg zu sichern,

und zwar dadurch, daß sich die Deutschnationalen und der Stahlhelm auf den Reichspräsidenten in spe Hitler, verpflichten sollten.

Hitlers Ziel ist, in dieser Republik unter allen Umständen **Parteibuchbeamter** zu werden. Wie er dazu kommen will, hat er auf der gemeinsamen Tagung der Nazigauleiter und Nazi-Reichstagsabgeordneten am 3. Februar in München höchst persönlich ausgeführt. Er spekuliert vor allem darauf, daß die Sozialdemokratie zur Reichspräsidentenwahl im ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten aufstellt und deshalb die Kandidatur Hindenburgs, wenn überhaupt, erst für den zweiten Wahlgang in Frage kommt. Also soll

Nazi-Frick im ersten Wahlgang für Hitler den Schrittmacher spielen.

Man rechnet im braunen Haus damit, daß er es bereits auf eine phantastische Ziffer bringt und unter dem Druck dieser Ziffer keine Reichsregierung länger in der Lage sein wird, Herrn Hitler weiterhin die Staatsbürgerschaft zu versagen. Ist die Spekulation gelungen — und man rechnet im Nazilager damit — dann wäre der Weg für eine Kandidatur Hitlers für den zweiten Wahlgang und der Sieg für ihn sicher.

Auch wie er schließlich siegen soll, hat Hitler auf der Münchener Tagung der Nazis zu Beginn dieses Monats ausführlich dargelegt. Jeder seiner Gauleiter soll während des Kampfes um die Reichspräsidentenschaft mindestens je 30 Versammlungen abhalten,

vor keiner Verleumdung zurückschrecken, mit Dreck nur so um sich werfen, und davon auch den Stahlhelm nicht ausnehmen.

Sie sollen, soweit die Gelder zu einer Propaganda nach amerikanischem Muster fehlen, oder wie Nazi-Goebbels in seinem Berliner Blättchen bereits wiederholt großspurig angekündigt hat, für den Wahlkampf „wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat" Schulden machen, da für den Fall eines Sieges, der nach Hitler zum Greifen nahe ist,

die Reichskasse alles zahlt.

Im anderen Falle will Hitler, wie 1923, als er vor dem Münchener Bürgerbräu auf dem Bauche rutschte, wieder einmal „sterben".

Aber schon ist es mit dem Traum der Fantasten im Braunen Hause aus. Die Harzburger Front, mit deren Einigkeit es seit ihrer Gründung haperte, hat sich wieder einmal als papierenes Gebilde erwiesen.

Der Stahlhelm hat es abgelehnt, bei der Reichspräsidentenwahl für einen Nazikandidaten zu stimmen und Hugenberg, der Allerweltsmann ist zwar für sich als Reichspräsident aber nicht für Hitler.

So sieht der „Osaf" aus München und Gendarm von Hildburghausen am Dienstag seine Felle davonschwimmen. Er hatte sich alles bereits so schön ausgedacht und zusammenfantasiert und nun ist wahrscheinlich alles Essig. Er wird niemals Reichspräsident, er bleibt, was er ist: Gendarm von Hildburghausen!

Wer anderer Meinung ist, gewähre dem Osaf und seinen Trabanten während ihres Kampfes nach amerikanischem Muster

möglichst viel Kredit.

Nur vergesse man nicht, vorsorglich nach dem Kampf mit dem „Dritten Reich" zugleich

die Pleite

anzumelden.

Achtung!

Es lohnt sich! sofort zu bestellen!

Wir geben in zwei Tagen heraus: Eine vorzügliche witzig-satirische Propagandabroschüre in Traktätchenform für **nur 5 Pfg.** Verkaufspreis. 16 Seiten stark, Rabatt nach Vereinbarung.

Der Gendarm von Hildburghausen

Eine Durchleuchtung von Friedrich Wendel. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger.

Bei Bestellung ab 20 Stück erhalten unsere Kolporteure den üblichen Rabatt.

Bestellungen sofort!

Landesvorstand der SPD. Baden, Schriftenvertrieb, Mannheim, R 3, 15 a.

1160 000 Einzeichnungen für Hindenburg

WTB. Berlin, 9. Febr. Die dem Hindenburgausschuß bisher gemeldeten Einzeichnungen beliefen sich heute abend auf insgesamt 1 160 000

Abreise des Reichskanzlers aus Genf

Genf, 9. Febr. Der Reichskanzler verließ heute nachmittag um 17.37 Uhr Genf in Begleitung von Ministerialdirektor Dr. Zechlin und Oberregierungsrat Planck. Staatssekretär von Bülow bleibt wegen Ratsverhandlungen noch einige Tage in Genf.

Graf Helldorf freigesprochen

Soll man zu dieser Justiz noch Vertrauen haben?

Berlin, 9. Febr. (Eig. Dradt.) Im Berliner Helldorf-Prozeß verkündete Landgerichtsdirektor Ohnesorge am Dienstag abend das Urteil. Es ist so, wie man es nach der Prozeßführung erwarten mußte.

20 Angeklagte wurden freigesprochen. Die übrigen erhielten größtenteils wegen einfachen Landfriedensbruch **6 Monate Gefängnis.** Der Angeklagte **Meede,** gegen den auf schweren Landfriedensbruch erkannt worden war, erhielt eine Strafe von **10 Monaten Gefängnis.** Die noch gegen zwei Angeklagte bestehenden Haftbefehle wurden aufgehoben, sämtliche von der Staatsanwaltschaft gestellten Hafta anträge abgelehnt. Der Angeklagte **Graf Helldorf,** der Führer der SA., Ernst, der sogenannte Chef des Stabes, und der **Adjutant Gewehr,** der Drahtzieher des brutalen Pogroms, wurden freigesprochen!

Allerdings erhielten Helldorf und Ernst wegen Beleidigung der Kaufleute Deterding und Simon 100 ℳ Geldstrafe. Diese „Sühne" der Pogrom-Rädelsführer soll auf Kosten Helldorfs und Ernsts in zwei Berliner Blättern veröffentlicht werden. Der Jungstahlhelmführer Brandt, der auf dem Kurfürstendamm eine besonders üble Rolle gespielt hat, erhielt wegen einfachen Landfriedensbruchs 4 Monate Gefängnis. Der von ihm bei der Pogromfahrt benutzte Opelwagen soll eingezogen werden. Der Angeklagte Utpott, der während der Plädoyers erkrankt war, und gegen den das Verfahren zuerst abgetrennt werden sollte, erhielt 6 Monate Gefängnis wegen einfachen Landfriedensbruchs und wegen Beschimpfung von Polizeibeamten 50 ℳ Geldstrafe.

Der vorstehende Urteilsspruch, der nicht juristisch, sondern nur politisch gewertet werden kann, muß das **bereits bestehende Mißtrauen gegen die Rechtsprechung** in politischen Prozessen **bis zur Unerträglichkeit** steigern. Dem unverständlichen Urteilsspruch war eine mehr als seltsame Begründung beigegeben. Landgerichtsdirektor Ohnesorge wand sich wie ein Wurm, um mit einerseits und andererseits den Freispruch für Helldorf und Ernst zu motivieren. Während er auf der einen Seite durchaus die Möglichkeit zugab, daß Helldorf und Ernst von dem geplanten Krawall gewußt hätten, zog er sich auf der anderen Seite mit der Feststellung aus der Affäre, daß man den freigesprochenen Rädelsführern nicht widerlegen konnte, daß sie zum Kurfürstendamm geeilt seien, um die Krawalle zu unterbinden. Wenn sie aber die Absicht gehabt hätten, die für die Ruhe und Ordnung bestehende Gefahr zu beseitigen, so müsse man sie gleichsam **„als Wiederhersteller der Ruhe und der Ordnung"** bezeichnen. Es fehlte nur noch, daß Herr Ohnesorge Nazi-Helldorf den Dank des Gerichts für seine am Kurfürstendamm im Interesse der „Ruhe und Ordnung" geleistete Arbeit aussprach. Deutsche Justiz! Soll man zu dieser Justiz noch Vertrauen haben?

Reichsbanner protestiert gegen Gröner

CNB. **Berlin,** 9. Febr. Die Bundespressestelle des Reichsbanners teilt zu dem Befehl des Reichswehrministers, in dem die Grundsätze dargelegt werden, nach welchen in Zukunft die verschiedenen Wehrverbände von seiten der Reichswehr behandelt werden sollen, u. a. mit: In diesem Befehl werde das Reichsbanner in einer Gegenüberstellung mit den Verfassern der Boxheimer Dokumente genannt. Ohne zu dem übrigen Inhalt des Befehls vorerst Stellung zu nehmen, verwahre sich der Bundesvorstand des Reichsbanners mit aller Entschiedenheit gegen einen solchen Vergleich, der von seinen Mitgliedern nicht anders als beleidigend empfunden werden müssen.

Zuzug zur Reichswehr

Die Nazis: „Immer hineinspaziert. Macht recht harmlose Gesichter, unser Gepäck wird er dann wohl nicht revidieren".

Deutscher Vorstoß in der Memelfrage

Genf, 9. Febr. Staatssekretär v. **Bülow** hat heute dem Staatssekretär des **Völkerbundes,** Sir Eric Drumond, folgende Note übersandt: „Den Mitgliedern des Rates ist bekannt, daß der Reichskanzler Dr. **Brüning** im Namen der deutschen Regierung eine ernste und **äußerst dringliche Angelegenheit des Memelgebietes** vor dem Rate anhängig gemacht und um eine sofortige Sitzung des Rates zu diesem Zweck gebeten hat. Zu meinem großen Bedauern kann die Angelegenheit nicht in der heutigen Ratssitzung verhandelt werden, weil kein bevollmächtigter Vertreter der litauischen Regierung in Genf anwesend ist. Ich möchte heute zum Ausdruck bringen, daß meine Regierung die Angelegenheit für so wichtig und dringlich hält, daß diese keinerlei Aufschub mehr zulassen. Sollte daher die Frage der Teilnahme eines bevollmächtigten Vertreters der litauischen Regierung nicht unverzüglich geklärt werden, so muß ich mir vorbehalten, wegen der weiteren Behandlung der Angelegenheit die notwendigen Anträge zu stellen. Ich bitte Sie, diesen Brief sogleich zur Kenntnis des Rates zu bringen."

Königsberg, 9. Febr. Die Vorsitzenden des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses und der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen richteten an den Reichspräsidenten ein Telegramm, in dem sie energisch gegen die flagrante **Verletzung des Memelstatuts** protestieren.

Bergbau-Verstaatlichung gefordert

Einmütiger Vorstoß der Bergarbeiter

Bochum, 8. Febr. (SPD.) In einer für die Bergarbeiter besonders schweren Zeit trat in Bochum die

Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes

zusammen.

Der Verbandsvorsitzende **Reichstagsabgeordneter Gen. Husemann** führte in seiner Rede aus: Jede kapitalistische Wirtschaftskrise ist ein Ausdruck mangelhafter wirtschaftlicher Organisation. Aber

20 Millionen Arbeitslose — das ist das Zeichen für die völlige Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems,

mit den Schwierigkeiten der Zeit fertig zu werden. Kein Wunder, wenn in breiten Schichten des Volkes die antikapitalistische Gesinnung wächst, wie der Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien in Deutschland deutlich zeigt. Das Anwachsen der Nazibewegung verrät allerdings, daß

die neuen antikapitalistischen Strömungen noch nicht die richtige Kampffront gefunden haben.

Anstatt gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem zu kämpfen, beschimpft man die Gewerkschaften.

So gering das Wissen der Nationalsozialisten in außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen ist, so wenig Ahnung haben sie von volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Dingen. Daher ist es

für die Nutznießer der kapitalistischen Ordnung leicht, eine Bewegung zu finanzieren, deren Agitation den Blick ablenkt von den wahren Ursachen des Elends, die einzig und allein im Bankerott der kapitalistischen Wirtschaft zu suchen sind.

Das ist der tiefere Grund für die Sympathie der Unternehmer, besonders der westdeutschen Schwerindustriellen, wie Thyssen, Kirdorf usw. für die Hitlerbewegung. Im gegenwärtigen Stadium gibt es nur eins: schärfsten Kampf gegen die diktaturlüsternen Arbeiterfeinde.

Erfreulicherweise hat die Krisennot auch die wirtschaftlichen Zielsetzungen der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen vereinfacht. Der Vorsitzende der christlichen Bergarbeiter, **Imbusch,** wird zur Zeit von der Unternehmerpresse besonders scharf angefeindet, weil er

die Verstaatlichung des Bergbaues gefordert hat. Für uns ist das eine alte Forderung.

Alle Organisationen, die das gleiche Ziel verfolgen, sind uns als **Mitkämpfer willkommen.** Wenn Ziel und Weg der einzelnen Bergarbeitergewerkschaften sich immer mehr aneinander angleichen, dann kann das der gemeinsamen Sache der deutschen Bergarbeiter nur förderlich sein.

Es wurden dann einstimmig

zwei Entschließungen

angenommen.

Die erste Entschließung lautet: **„Der systematische Mißbrauch der wirtschaftlichen und politischen Macht des Privatkapitals im Bergbau ist die entscheidende Ursache für die organisatorischen Unzulänglichkeiten und Mißerfolge in dieser für die Gesamtheit lebenswichtigen Industrie die monopolisierte Bergbauwirtschaft bedarf heute mehr denn je der gemeinwirtschaftlichen Lenkung, die in zureichender Weise nur durch Gemeineigentum an den bergbaulichen Gewinnungsstätten und Bodenschätzen ermöglicht wird. Die freigewerkschaftlichen Bergarbeiter halten es für ihre Pflicht, Staat und Allgemeinheit auf die Dringlichkeit und Durchführbarkeit dieser in immer weiteren Kreisen erkannten wirtschaftsorganisatorischen Grundaufgabe erneut hinzuweisen."**

Die zweite Entschließung besagt: Eine Wiedererholung Deutschlands, die zugleich für die ganze Welt Bedingung ihrer Wiedererholung ist, erfordert die Beendigung der Reparationen. Dafür ihre Stimme laut zu erheben, fühlen sich die Bergarbeiter vollauf berechtigt, weil sie mit am unmittelbarsten Last und Leid der Reparationen um des ganzen Volkes willen zu tragen haben.

Auch Christen für Verstaatlichung

Essen, 8. Febr. Der Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands hatte Sonntag vormittag in der „Lichtburg" eine stark besuchte Kundgebung seiner Vertrauensmänner aus dem Ruhrrevier. Der Vorsitzende des Gewerkvereins, Reichstagsabgeordneter Imbusch, wiederholte seine am 10. Januar in der Essener Börse erhobene **Forderung nach Verstaatlichung des Bergbaues.**

Wie die TU. berichtet, richtete Imbusch zum Schluß „nochmals heftige Angriffe gegen die **Unternehmer der Schwerindustrie,** die, wie er erklärte, eine Gefahr für das gesamte Volk seien und nicht die nötige Rücksicht auf die Gesamtheit nähmen."

Das ist die Meinung der gesamten Arbeitnehmerschaft in Deutschland.

Freistaat Baden

Polizeipräsidium Karlsruhe u. Mannheim

Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der die Polizeidirektoren von Karlsruhe und Mannheim in Zukunft die Bezeichnung „Polizeipräsident" führen. Das Bezirksamt — Polizeidirektion — Karlsruhe und Mannheim heißt in Zukunft „Polizeipräsidium". Hiermit ist auch in Baden eine Gleichstellung der Dienstbezeichnungen für die Polizeidirektoren erfolgt, wie wir sie in anderen Ländern seit längerer Zeit haben. Mehraufwendungen sind hiermit nicht verbunden; es handelt sich lediglich um eine geschäftsordnungsmäßige Klarstellung.

Die Abwicklung der Wohnungsumzüge zum 1. April

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Die große Zahl der Kündigungen auf den 1. April 1932 wird gegenüber den bisherigen Umzugsterminen eine außerordentliche Steigerung der Umzüge im Gefolge haben. Es ist zu befürchten, daß hierdurch dem Speditionsgewerbe und dem Handwerk große Schwierigkeiten erwachsen werden. Es ist daher Aufgabe aller Beteiligten, diese Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu mindern. Dies kann dadurch geschehen, daß diejenigen Mieter, die in eine bereits freistehende Wohnung umziehen, den Umzug so frühzeitig wie nur möglich bewerkstelligen, so daß alsdann auch ihre Wohnungen wiederum zu einem früheren Termin als dem 1. April 1932 von dem Mietnachfolger bezogen werden können. Soweit eine Möglichkeit zu einem früheren Umzug bestand, wurde auch bisher vielfach hiervon Gebrauch gemacht. Die gewaltige Steigerung der Kündigungen auf den 1. April 1932 erheischt jedoch, daß diesesmal jeder Mieter von der Möglichkeit eines früheren Umzugs unbedingt Gebrauch macht und jeder Eigentümer hierbei nach Kräften mithilft. Wird hiernach gehandelt, dann ist zu hoffen, daß die zu befürchtenden Schwierigkeiten eine erhebliche Milderung erfahren werden.

Keine Eisenbahnwagen als Wohnbaracken

Richtigstellung einer Pressemeldung

Der Staatsanzeiger teilt mit:

Zu Beginn dieses Jahres haben mehrere Tageszeitungen unter dem Bild eines Eisenbahnwagens mitgeteilt, daß die Reichsbahn den Gemeinden ausgemusterte Eisenbahnwagen als Wohnbaracken zum Preis von je 50 ℳ überlasse und sie auch noch kostenlos zum Bestimmungsort befördere. Dieser Veröffentlichung steht die Reichsbahn fern. Sie verkauft wohl ausgemusterte Personenwagenkasten, aber nicht zum Preis von 50 ℳ, sondern zu einem, dem Gebrauchswert entsprechenden Preis, der je nach der Bauart des Wagens zur Zeit 200—300 ℳ beträgt. Dazu kommt noch die Fracht vom Werkstättenbahnhof bis zum Bestimmungsbahnhof. Zum Verkauf stehen nur wenige Wagenkasten zur Verfügung; denn die Reichsbahn kann bei ihrer finanziellen Lage jetzt nicht viele Wagen ausmustern und durch neue ersetzen. Kaufliebhabern wird empfohlen, sich an die dem Bestimmungsbahnhof nächstgelegene Reichsbahndirektion zu wenden.

In **Baden** dürfen **alte Eisenbahnwagen** nach den baupolizeilichen Bestimmungen **nicht zu Wohnzwecken verwendet** werden.

Ein Steuerprotest des Bad. Gastwirteverbandes. Eine in Bruchsal stattgefundene Protestkundgebung des 8. Kreises im Bad. Gastwirteverband erhob gegen die dem Gastwirtsgewerbe durch Reichsbiersteuer, Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränkesteuer und Vergnügungssteuer auferlegte Sonderbesteuerung" Protest.

Aus aller Welt

Die Strafanträge im Favag-Prozeß

Frankfurt, 9. Febr. Im Favagprozeß wurden folgende Strafanträge gestellt: Gegen Lindner 1½ Jahre Gefängnis und 15 000 RM. Geldstrafe; Schumacher zwei Jahre Gefängnis, 16 000 RM. Geldstrafe; Mädie drei Jahre Gefängnis und 32 000 RM. Geldstrafe; Sauerbrey vier Jahre Gefängnis und 5000 RM. Geldstrafe, Kirschbaum drei Jahre Gefängnis und 12 000 RM. Geldstrafe; Fuchs drei Monate Gefängnis und 500 RM. Geldstrafe.

Auto fährt ins Meer

Cadix, 9. Febr. Ein geschlossenes Personenauto, das mit vier Personen besetzt war, fuhr letzte Nacht gegen ein Geländer, das eine am Strand entlang führende Straße vom Meeresufer trennt. Das Auto stürzte in das an dieser Stelle 20 Meter tiefe Meer. Nur einer der Insassen konnte sich retten. Die anderen **drei Insassen ertranken.**

Das Guttstädter Rathaus niedergebrannt

Guttstadt, 9. Febr. Das erst vor wenigen Jahren gelegentlich der 600-Jahrfeier der Stadt renovierte, im Jahre 1731 erbaute Rathaus ist heute vormittag bis auf das Erdgeschoß niedergebrannt. Die alten Akten sind mit vernichtet.

Sturmkatastrophe auf Réunion

Paris, 9. Febr. Nach Meldungen über eine Wirbelsturmkatastrophe auf Réunion sind 48 Personen umgekommen. Der Hafen Bonte des Galets ist vollständig zerstört.

Zwei Tote bei einem Grubenunglück

Hindenburg (OS.), 9. Febr. Auf der Abteilung V der Sosnitza-Grube bei Hindenburg wurden heute abend durch Zusammenbruch einer Strecke zwei Bergleute getötet.

Mord bei Berlin

ENB. Berlin, 9. Febr. Auf der Chaussee bei Oranienburg wurde ein Bierkutscher der Schultheiß-Brauerei ermordet. Der Führer eines Lastkraftwagens fand den Kutscher mit Schußwunden tot auf dem mit zwei Pferden bespannten Brauereiwagen.

Gehaltskürzungsvorschläge im französischen Senat

WTB. **Paris,** 9. Febr. Im Senat ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der eine Kürzung der Gehälter für Militär- und Zivilbeamte vorschlägt: die kleineren Gehälter sollen um 1,2 und 3 Prozent, die größeren Gehälter bis zu 10 Proz. gekürzt werden.

Anschlag auf den ehemaligen japanischen Finanzminister

WTB. **Tokio, 9. Febr. Der ehemalige Finanzminister Inoue wurde heute, als er sich zu einer Versammlung begab, Opfer eines Anschlages. Drei Schüsse, die man auf ihn abgab, verletzten ihn tödlich, und er starb noch auf dem Wege ins Krankenhaus. Der Täter konnte verhaftet werden.**

Zur Konkordatsfrage

Das Recht des Staates gegenüber der Kirche / Worauf es ankommt

Von Dr. Remmele, M. d. R.

In einem Aufsatz in unserem Mannheimer Parteiorgan äußert sich Gen. Dr. Remmele zu der in den letzten Tagen in einzelnen Blättern wieder diskutierten Konkordatsfrage. Da Genosse Remmele als früherer langjähriger Minister mit der Materie vertraut ist, dürfen seine Darlegungen auf allgemeine Beachtung Anspruch erheben. Auch nach unserer Auffassung ist es das Richtigste, wenn die badische Regierung und der badische Landtag mindestens noch einige Monate vergehen lassen, ehe sie in der Konkordatsfrage eine gesetzgeberische Arbeit verabschieden. Remmele betont mit Recht, daß auch die badische Sozialdemokratie durchaus willens und bereit ist, ein auch für den badischen Staat tragbares Abkommen mit der Kirche zu treffen, wobei allerdings die Kirche beachten muß, daß an bestimmten Grundauffassungen und an Tatsachen, die in der innerpolitischen Entwicklung Badens begründet sind, nicht gerüttelt werden darf. Wir geben nachstehend den Artikel des Genossen Remmele im Wortlaut wieder. Redaktion des Volksfreund.

Nach einer Karlsruher Meldung tritt demnächst wieder der Landtag zur Beratung des Staatsbudgets 1932/33 zusammen. Die Ausbalancierung desselben wird nicht leicht sein, da dessen Ausgabeseite mit jener der Einnahmen noch immer in einem Mißverhältnis steht. Zu einer grundlegenden Verwaltungsreform fehlt der Wille und die Entschlußkraft.

Die wirtschaftlichen Nöte im Lande fördern die Radikalisierung der Massen. Das politische Verständnis steigt und fällt eben mit dem Lebensstandard. Infolgedessen hat es die Innere Verwaltung des Landes nicht leicht, die allgemeine Ordnung im Gleichmaß zu halten. Jeder Tag bringt ihr neue Arbeit, neuen Aerger und Verdruß. Niemanden kann sie es recht machen. Stützt sie sich bei ihren Maßnahmen auf Notverordnungen, also auf Ausnahmegesetze, dann erhält sie den Vorwurf, sie betätige sich in Polizeiwillkür; richtet sie sich hierbei lediglich nach dem allgemeinen Landrecht oder gar nur nach der Verfassung, dann tanzen ihr die Feinde der Republik auf der Nase herum. Kurz und gut: Das Staatsschiff stampft in schwerer See.

Man sollte nun meinen, in dieser Zeit würde von Staats wegen alles unterlassen, was geeignet erscheint, die politische Erregung zu steigern. Wohl aus diesem Grunde war auch bei der letzten Regierungsbildung so etwas wie ein Stillhalteabkommen abgeschlossen, das heißt, man war sich einig darüber, Regierungsvorlagen, die eine zu große politische Belastung bringen, vorerst dem Landtag nicht zu unterbreiten. Die Rücksicht auf die psychologische Verfassung der Wählerschaft hat hierbei mitgesprochen. Für die Sozialdemokratie war es zum Beispiel ein Gebot der politischen Klugheit, die Brüningsche Reichspolitik zu tolerieren, um damit ein noch größeres politisches Unglück zu verhüten. Ihr jetzt aber zuzumuten, zu gleicher Zeit auch in der Landespolitik eine ganz schwere Belastung auf sich zu nehmen durch ein Gesetz, das ohne Schaden für den Staat und die Kirchen auf eine ruhigere Zeit verschoben werden kann, das ist nicht in Ordnung. Die fällig gewordene Wahl des Erzbischofs für die Oberrheinische Kirchenprovinz kann als durchschlagender Grund für einen sofortigen Abschluß von Kirchenverträgen nicht angesehen werden.

Es ist für das Zentrum keine unbillige Zumutung, den Abschluß eines Konkordats zu verschieben, obwohl schon vor einigen Jahren, so zum letzten Male bei Bildung der Zweierkoalition, Einverständnis darüber herrschte, die Konkordatsfrage spruchreif zu machen, sobald in Politik und Wirtschaft eine gewisse Beruhigung eingetreten sei. Derartige Staatsverträge mit den Kirchen sollten eben nicht nur vom Gefühl aus beurteilt werden, was ja in politisch erregten Zeiten ganz unvermeidlich ist.

Die Sozialdemokratie hat stets ihr Einverständnis dazu erklärt, daß das Verhältnis des Staates zu den Kirchen wieder vertraglich geregelt wird, sofern die in Aussicht genommenen Vertragsbestimmungen auf das sachlich Notwendigste beschränkt werden, und eine Einbeziehung von Fragen, für welche die Souveränität des Staates unbestritten ist, unterbleibt. Diesen grundsätzlichen Standpunkt vertritt sie auch heute noch. Sie will aber diese Angelegenheit in einer Zeit abgehandelt wissen, welche die Voraussetzungen für eine ruhige Behandlung bietet.

Die Katholiken des Landes wollen durch einen Staatsvertrag mit dem Papst das Recht auf Mitwirkung bei der Wahl des Bischofs garantiert erhalten, obgleich für den Staat der Grundsatz der Reichsverfassung gilt: Die Kirchen regeln ihre Angelegenheiten selbständig! Gegen die Erfüllung dieses Begehrens läßt sich aus mancherlei Gründen nicht viel einwenden. Geht man aber auf diese Forderung ein, dann macht die päpstliche Kurie eine Gegenrechnung auf. Nach Artikel 138 der Reichsverfassung sollen nach der Selbständigmachung der Kirchen in Deutschland die alten, durch die Säkularisation verloren gegangenen Rechtstitel wieder aufleben, um eine selbständige kirchliche Vermögensverwaltung einrichten zu können. Solange dies nicht möglich ist, — man denke nur daran, daß das badische Land fast seinen ganzen Waldbesitz an die Kirchen abtreten müßte —, beharren die Kirchen auf den seinerzeit vom Staat übernommenen Pflichtleistungen. Solche existieren sogar noch aus der Zeit vor der Säkularisation, und außerdem leistet der Staat heute freiwillige Barzuwendungen an die Kirchen, auf die ein Rechtsanspruch nicht besteht, die man aber in die althergebrachten Rechtstitel einbezogen wissen möchte.

Eine Ablösung dieser Rechtsansprüche ist ja undenkbar, weil dazu einfach die Gelder fehlen, und weil an die Umwandlung von Domänengut in Kirchengut aus vielerlei Gründen nicht gedacht werden kann. Bleibt es aber auf diesen Sachgebieten beim jetzigen Zustand, dann soll doch wohl in einem abzuschließenden Konkordat der Ersatzanspruch verankert werden. Eine Vereinigung alter Rechtstitel und eine Zusammenfassung der auf ihnen bisher beruhenden Leistungen des Staates kann gewiß auch vom Standpunkt des Staates aus opportun erscheinen, vorausgesetzt, daß hierbei dem Staat keine Unbilligkeiten zugemutet werden. Dabei hätten zum Beispiel ganz selbstverständlich die freiwilligen Staatsleistungen auszuscheiden.

Programmatisch vertritt die Sozialdemokratie in diesen Dotationsfragen einen ablehnenden Standpunkt; sie hat aber keine Möglichkeit, die hierbei in Frage stehenden, für die Kirchen maßgebenden Schutzbestimmungen der Reichsverfassung rechtsunwirksam zu machen. In logischer Schlußfolgerung hieraus ergibt sich für sie die Zustimmung zum Abschluß von Staatsverträgen zwecks Regelung solcher Rechtsfragen.

Das Gebiet der Schule bedarf jedoch keiner Vertragsregelung zwischen Staat und Kirche. Hier ist die Trennung der Zuständigkeiten vollkommen. Der Religionsfreiheit gegenüber steht der verfassungsrechtliche Schutz der religiösen Erziehung. Für den weltlichen Erziehungsunterricht in der Schule steht dem Staat die volle Souveränität zu. Eine Einengung dieses Staatsrechts wäre eine politische Ungeheuerlichkeit, wäre der Wiederbeginn harter Streitereien zwischen der Staatsmacht und der Kirchenmacht. Die Berufung der Lehrer für den weltlichen Unterricht kann nur Sache des Staates ausschließlich sein; eine positive Einmischung der evangelischen Kirche in die Berufung von Professoren an die Theologische Fakultät Heidelberg zum Beispiel käme auch einer Preisgabe staatlichen Rechtes gleich.

Wir sehen somit, wie sehr es sich bei einem Vertragsabschluß des Staates mit den Kirchen um ganz diffizile Gesetzesmaterien handelt. Diese etwa nach der „Fabrikationsmethode" von Notverordnungen abhandeln zu wollen, wäre ein politisches Unglück sondergleichen. Aus evangelischen Kreisen ist bekannt, welch weitgehende Ansprüche die evangelische Kirchenbehörde an einen solchen Vertrag stellte. Auch aus diesem Grunde wäre es am Platze, für die Behandlung dieser Angelegenheit eine Zeit in Aussicht zu nehmen, die reichspolitisch und außenpolitisch weniger Spannungen als die jetzige aufweist.

Das Land Württemberg befindet sich in derselben Situation wie Baden. Auch hier verlangen die Katholiken nach einem Konkordat. Das Zentrum steht hier ebenfalls in politischer Führung. Gleichwohl aber tritt die württembergische Regierung kurz; sie möchte die badische Regierung vorangehen lassen, wohl in der Erwägung, daß sie es parlamentarisch leichter hat, wenn sie sich auf das badische Vorbild stützen kann. In Hessen steht die Partie ähnlich.

Wenn zum Beispiel die päpstliche Kurie an einem Konkordat für das Land Baden nach dem Grundriß des mit Preußen abgeschlossenen kein Interesse haben sollte, dann ständen für diese Entscheidung doch wohl Rücksichten auf die Verhältnisse in anderen deutschen, bis jetzt noch konkordatslosen Ländern mit in Frage, und es wäre die Annahme berechtigt, daß bei dem mit Baden abzuschließenden Konkordat so etwas wie ein Musterstatut für die übrigen Länder herauskommen soll. Ob dies richtig ist oder nicht, läßt sich natürlich erst erkennen, wenn der Vertragsentwurf bekannt sein wird. Ist er jedoch jetzt schon in die Form einer Gesetzesvorlage gebracht, dann rollt sich wie in der Kette letztem Glied die Prestigefrage auf, die immer Unheil bringt.

Summa: Man warte! Die badische Politik und die badische Koalition vor unzeitgemäßen Schwierigkeiten zu bewahren, ist die Aufgabe aller Beteiligten. Man täusche sich nicht mit der Annahme, die Arbeiterschaft hätte an solchen kirchen- und staatspolitischen Fragen nur ein sekundäres Interesse.

Gewerkschaftliches

Kurzarbeitsabkommen im Mannheimer Einzelhandel. Zwischen dem Einzelhandelsverband und den in Frage kommenden Angestelltenorganisationen ist ein Kurzarbeitsabkommen ab 1. Januar zustande gekommen. Danach kommt eine Kurzarbeit nur für vier Kalendermonate in Frage. Die wöchentliche Arbeitszeit darf bei Kurzarbeit nicht mehr als 20 Prozent unterschreiten. Dabei soll von den Angestellten keine Mehrarbeit verlangt werden. Der Urlaub ist voll zu gewähren.

Streik in der Badenia Weinheim. In der Maschinenfabrik Badenia sind die Former wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten.

Furchtbare Ziffern

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Nach dem Bericht der **Reichsanstalt** für die Zeit vom 16. bis 31. Januar 1932 hat die Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte des Januar erheblich langsamer als im vorigen Berichtsabschnitt zugenommen,

sie überschritt jedoch erstmals die Sechsmillionen-Grenze.

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen belief sich am 31. Januar auf rund 6 041 000. Sie ist gegenüber dem 15. Januar um rund 75 000 gestiegen, während die Zunahme in der ersten Januarhälfte rund 298 000 betragen hatte. Nach den Meldungen der Arbnitsämter wurden Ende Januar in der Arbeitslosenversicherung rund 1 885 000, in der Krisenfürsorge rund 1 596 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen betrug rund 1,7 Millionen. Von einer Zunahme um insgesamt 155 000 entfielen rund 106 000 auf die Arbeitslosenversicherung, rund 49 000 auf die Krisenfürsorge. Ende Januar standen somit rund 3,5 Millionen Hauptunterstützungsempfängern rund 1,7 Millionen Wohlfahrtserwerbslose gegenüber.

Gemeindepolitik

Weiterführung des Mannheimer Nationaltheaters gesichert

Der Stadtrat Mannheim hat beschlossen: Der Betriebszuschuß für das Nationaltheater wird für das Spieljahr 1932/33 bei Aufrechterhaltung der 12monatigen Spielzeit und bei einem Ansatz der Gesamteinnahmen in Höhe von 950 000 ℳ auf 775 000 ℳ festgesetzt. Gegenüber dem berichtigten Voranschlag für 1931/32 werden die Einnahmen um 237 000 ℳ und der Zuschuß um 325 0000 ℳ niedriger angesetzt.

Aus der Stadt Durlach

Der rote Faden. Donnerstag abend um 8 Uhr Musikprobe im Tannhäuser. Nicht vergessen und pünktlich sein, bitte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Erwerbslosen-Not in Landorten

Harte Abzüge von der Unterstützung wegen landwirtschaftlichen Besitzes – Unrichtige Voraussetzungen in der Notverordnung – Die Preisverhältnisse in der Stadt und auf dem Lande

Die lange Dauer und die Tiefe der furchtbaren Wirtschaftskrise hat nicht nur große Massen der städtischen Proletariats in die allerschwersten materiellen Nöte geworfen, das gleiche gilt auch für die auf dem Lande wohnenden Proletarier. In besonderem Maße ist das auf dem Land der Fall, wo die aus der Produktion ausgeschalteten Arbeiter der Wohlfahrtsfürsorge anheim gefallen sind. Wer gelegentlich der Abhaltung von Versammlungen in Landorten, die eine starke Arbeiterbevölkerung haben, mit den Erwerbslosen sich eingehend unterhält, erfährt auch dort eine Fülle erschütternder Tatsachen über die Not in den Landorten.

Ganz außerordentliche Aufregung und Erbitterung hat es auf dem flachen Lande bei den in der Krisenfürsorge stehenden Arbeitern hervorgerufen, daß ihnen, selbst bei sehr bescheidenem landwirtschaftlichem Besitz, kraft der Notverordnung, außerordentlich hart empfundene, ja geradezu unerträgliche Abzüge in der letzten Zeit gemacht worden sind. Die Abzüge sind in der zu einem großen Teil falschen Voraussetzung angeordnet worden, als ob der Mehrzahl der auf dem Lande wohnenden Erwerbslosen und Krisenunterstützungsempfänger aus dem eigenen landwirtschaftlichen Besitz oder aus gepachteten Aeckern und Wiesen eine solche Hilfe für die Lebensexistenz zuteil werde, daß eine Kürzung der Unterstützungssätze eintreten könne. Das mag bei einem Teil, den wir zahlenmäßig nicht abzuschätzen vermögen, zutreffen, aber gerade in Landorten mit starker Arbeiterbevölkerung und besonders in solchen Gegenden, wo die Erträgnisse des Bodens wenig günstige sind, sind die Voraussetzungen falsch, von denen die Verfasser dieses Teils der Notverordnungen ausgegangen sind.

Ein recht anschauliches und lehrreiches Bild dafür bietet eine Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse, die uns aus einem Landorte in der Nähe von Karlsruhe zugegangen sind und die wir folgen lassen. Wir bemerken ausdrücklich hierzu, daß wir ähnliche mündliche Schilderungen in vielen Landorten von den Arbeitern gehört haben. Das unten wiedergegebene sehr interessante Tatsachenmaterial ist auch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugeleitet worden, damit sie den Versuch unternimmt, Abhilfe zu schaffen. In wieweit das bei der gegenwärtigen Einstellung sowohl der Reichsregierung wie der bürgerlichen Parteien im Reichstage möglich sein wird, kann im Augenblick nicht gesagt werden. Aber wir sind sicher, daß die sozialdemokratische Fraktion alles aufbieten wird, um den auf dem Lande wohnenden und besonders hart betroffenen Erwerbslosen eine Erleichterung zu verschaffen.

Im Folgenden soll untersucht werden, ob die „besonderen" Lebensverhältnisse der **Krisenunterstützungsempfänger** einer **Landgemeinde** den vom Landesarbeitsamt für dieselben verfügten Abzug rechtfertigen.

Die Gemeinde . . . . . bei Karlsruhe zählt 2695 Einwohner. Für dieselben werden **1000 Steuerkarten** ausgestellt.

Arbeitslos sind 404 Arbeiter, darunter sind
Empfänger der Arbeitslosenunterstützung: 78,
Empfänger der Krisenunterstützung: 156,
und Ausgesteuerte: 170.

Die Unterstützung der **Ausgesteuerten** bestand bis vor kurzem immer nur in Schaffung von Notstandsarbeiten. Trotzdem der Verdienst der Ausgesteuerten dabei sehr gering war, entstand der Gemeinde dadurch eine Schuldenlast von 170 000 Mark. Zur Zeit kann mit Staatshilfe eine Höchstunterstützung **von 24 M. pro Monat** gewährt werden für solche Wohlfahrtserwerbslose mit mehreren Kindern und ohne landwirtschaftlichen und sonstigen Besitz. In Anbetracht der Schulden und der geringen Mittel die zur Verfügung stehen ist die **dauernde** Gewährung auch dieser geringen Unterstützung **nicht gesichert.** Die Steuerrechte der Gemeinde sind aufs stärkste ausgenützt. Die Umlage aus dem Liegenschaftsvermögen ist mit eine der höchsten in der Umgebung. Der Gewerbesteuerertrag weist den minimalen Betrag von 2750 M. auf, der bis jetzt nur im Voranschlag steht.

Die landwirtschaftlichen Betriebe sind Zwergbetriebe in unrentabelster Form. Wir haben nur 14 Bürger, die von ihrer Landwirtschaft vollständig leben können. Nur 5 haben einen Besitz von 4 bis 6 Hektar.

Alle diese ungünstigen Verhältnisse wirken sich nun doppelt zu Ungunsten unserer Arbeitslosen aus:

1. Durch den Abzug von der Krisenunterstützung, der nicht erfolgt wäre, wenn die Gemeinde als Wohlfahrtsunterstützung den Höchstbetrag der Kru. hätte gewähren können (Art. 7 der Verordnung vom 23. 10 31) und

2. durch ein dunkles Ungewiß als Ausgesteuerter.

Nun sollen ja all diese Trostlosigkeiten durch die „Billigkeit" auf dem Lande halb so schlimm sein! Wie steht es damit?

Die Preise der Lebensmittel

Kolonialwaren sind im **günstigsten** Falle zu Stadtpreisen zu haben, was ohne weiteren Preisvergleich bewiesen sein dürfte. Ebenso steht es mit Mehl und Brot. **Die Stadtpreise (Konsumverein) sind auch hier niedriger als die Dorfpreise.**

Milch:

Sie kostete hier bis vor kurzem 25 Pfg., jetzt noch 22 Pfg. In Karlsruhe kostet der Liter 28 Pfg. Also auch hier nur ein geringer Preisunterschied.

Fleisch und Wurstwaren:

Da hier Qualitätsunterschiede geltend gemacht werden können, so wollen wir nur darauf hinweisen, daß sehr viele aus **Sparsamkeitsgründen** ihre Fleisch- und Wurstwaren **aus der Stadt** mitnehmen.

Kartoffeln:

Es herrscht vielfach die Auffassung, daß doch mindestens dieses wichtige Volksnahrungsmittel von jedem selbst gebaut wird. Daß das nicht geht, wird nachher noch bewiesen. Hier sei nur vermerkt, daß **gerade in diesem Jahr sich Leute mit 80 und mehr Ar Ackerland ihre Kartoffeln kaufen müssen.** Die vielen Niederschläge in diesem Jahr haben die Kartoffelernte nahezu vernichtet. Es sind uns Fälle bekannt, in welchen sich für den Erzeuger die Preise für den Zentner Kartoffeln auf 30 M. stellte. Verschiedene Händler inkl. der Konsumverein haben seit der letzten Ernte etwa 600 bis 700 Zentner Kartoffeln hier eingeführt und verkauft. Der Preis beträgt z. Z. 4 M. pro Zentner. Die Keller sind vielfach leer, so daß ein großer Teil der hiesigen Einwohner und hauptsächlich die Erwerbslosen Kartoffeln kaufen müssen.

Gemüse:

Zum Anbau von Gemüse eignet sich unser Boden nicht gut. Dasselbe wird großenteils von Händlern auf dem Markt in Karlsruhe geholt. Daß es dadurch nicht billiger wird als auf dem Markt in Karlsruhe liegt auf der Hand. Wie man sieht, ist also auch der Einwand, daß bei uns selbsterzeugte Lebensmittel hier etwa billiger wären, nur ein ganz großer Irrtum.

Kleidung:

An Schuhen und Kleidung hat der Arbeiter auf dem Lande eher einen größeren Verbrauch als sein Kollege in der Stadt, die Straßen und Wege sind hier viel schlechter. Der Einkauf der Kleider und Schuhe erfolgt zum größten Teil in der Stadt, so daß auch hier keine Minderausgabe für den ländlichen Arbeiter in Frage kommt.

Heizung und Beleuchtung:

Daß die Kohlenpreise hier dieselben sind wie in der Stadt, dürfte ohne weiteres anerkannt werden, und daß auch die Holzpreise auf dem Lande nicht niedriger sind, geht daraus hervor, daß wohl ebensoviel hiesige Einwohner ihr Holz in Durlach aus dem Staatswald kaufen. Der Tarif des Badenwerkes ist hier derselbe wie anderswo.

Miete:

Auch hier ist kein nennenswerter Vorteil des ländlichen Erwerbslosen gegenüber seinem städtischen Kollegen festzustellen: Die Höhe der Miete bewegt sich zwischen 20 und 30 M.

Vorteile aus der Landwirtschaft:

Nach der Abmachung des Finanzamtes mit den landwirtschaftlichen Berufsorganisation ergeben 100 Ar landwirtschaftlicher Besitz einen Reinertrag von 172,50 M. Dieser Satz gilt für einen **Voll**-Landwirt wesentlich niedriger. **Für ihn entstehen besonders Auslagen, die eine Rentabilität nahezu aufheben.** Aus einwandfreien Unterlagen geht hervor, daß für einen Besitz von 80 Ar Ackerland allein an **Fuhrlohn** die nette Summe von **145 M.** im Jahr ausgegeben werden mußten. Dazu kommen noch die Ausgaben für Dung und Saat. Nun ist wohl auch ohne weiteres klar, daß der Ertrag eines Ackers, der infolge der schlechten finanziellen Lage seines Besitzers nur ungenügend gedüngt ist, wesentlich geringer ist. Ein schlecht gedüngter Acker liefert aber keine gute Saatfrucht, so daß sich auch hier bald jedes Jahr die Notwendigkeit ergibt. dieselbe zu teuerem Preise einzukaufen. Im günstigsten Falle kann nach sorgfältig angestellten Berechnungen mit einem Reinertrag von 1 M. pro Ar gerechnet werden. Dies entspricht auch dem Pachtpreis von 1 M. pro Ar, der beim Verpachten erzielt wird.

Nach dieser Berechnung müßte jeder Kru-Empfänger einen Grundbesitz von 200 Ar haben, um den bei uns durchgeführten Abzug der Krisenunterstützung zu rechtfertigen.

Und selbst nach der sehr hohen Anrechnung des Grundbesitzes durch das AA. Khe. müßte ein Grundbesitz von mindestens 100 Ar nachgewiesen werden.

Um eine Uebersicht über die **landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse der hiesigen Arbeiter** zu bekommen, stellten wir mit Hilfe des Bürgermeisters und des Grundbuchbeamten folgende Statistik auf. Danach hatten:

keinen Besitz	**47**	**Verheiratete und**	**68 Ledige**
bis 10 Ar	**19**	**Verheiratete und**	**1 Lediger**
bis 20 Ar	**3**	**Verheiratete und**	**1 Lediger**
bis 30 Ar	**3**	**Verheiratete und**	**— Lediger**
bis 40 Ar	**6**	**Verheiratete und**	**— Lediger**
bis 50 Ar	**4**	**Verheiratete und**	**— Lediger**
bis 60 Ar	**3**	**Verheiratete und**	**1 Lediger**
bis 70 Ar	**2**	**Verheiratete und**	**— Lediger**
bis 80 Ar	**6**	**Verheiratete und**	**— Lediger**
bis 90 Ar	**—**	**Verheiratete und**	**— Lediger**
bis 100 Ar	**1**	**Verheiratete und**	**— Lediger**
bis 110 Ar	**1**	**Verheiratete und**	**— Lediger**
bis 120 Ar	**4**	**Verheiratete und**	**— Lediger**
Zusammen:	**99**	**Verheiratete und**	**71 Ledige**

Unter den **Ledigen** sind 20, deren Eltern einen Besitz von über 80 Ar haben.

Diese Statistik, die sich auf **unsere 17 Wohlfahrtserwerbslosen** bezieht, wirkt sich bei den **Kru-Empfängern noch ungünstiger** aus, da sich unter diesen weniger Ledige befinden und die Besitzverhältnisse keineswegs günstiger sind.

Ein **Kru-Empfänger** mit 2 K. E. bekam **4,60 M abgezogen** und erhält nach dem Abzug noch **12 M pro Woche.** Dies ergibt monatlich 48 M. Rechnen wir die Miete von 25 M ab, so **verbleiben noch 23 M.** Davon sollen nun Essen, Kleidung und Heizung bezahlt werden. Von kulturellen Ansprüchen, die man ja in einem Kulturstaat auch stellen dürfte, kann dabei selbstverständlich keine Rede mehr sein.

Da wir den **Höchstsatz** der Unterstützung vorausgesetzt haben, kann man daraus ermessen, **welch große Not und Verzweiflung unter den Arbeitslosen auf dem Lande herrscht.**

Das Dargelegte ergibt, **daß keinerlei Gründe vorhanden** sind, die den Abzug der Krisenunterstützung für die ländlichen Erwerbslosen rechtfertigen, die dadurch als Menschen 2. Klasse behandelt werden. **Das LAA. ging dabei von Verhältnissen aus, die in Wirklichkeit nicht bestehen. Die Voraussetzungen des Artikel 7 der Verordnung vom 23. Oktoober 1931 sind unter keinen Umständen gegeben.**

Wir müssen deshalb dringend ersuchen, den Abzug unter allen Umständen rückgängig zu machen, deren Durchführung muß die Erwerbslosen zur Verzweiflung bringen! Die gekürzte Unterstützung reicht nicht aus, das Leben zu fristen! Hinzu kommt, daß nach Wegfall der Unterstützung, durch die immer größer werdende Verschuldung der Gemeinde die Arbeitslosen vor einem absoluten Nichts stehen. Dringende Abhilfe ist unbedingt nötig.

Die KPD als Judas Ischariot

Die Kommunisten spielen das Spiel des Faschismus

Die Partei des Herrn Hitler will uns bei der **Präsidentenwahl amerikanisch** kommen. Amerikanische Methoden, Geldmittel von amerikanischem Ausmaß, und vor allem **amerikanischer Schwindel.** So glauben sie die Gehirne genügend einnebeln zu können, um bei der Präsidentenwahl und wenn nicht bei dieser Gelegenheit, so doch bei der kommenden Preußenwahl aus der Giftgaswolke des Schwindels den Faschismus emporsteigen zu lassen.

Die **Kommunisten** wollen bei der Präsidentenwahl und Preußenwahl den Wettlauf mit den Nazis aufnehmen. Sie wollen nicht da, wo die Nazis die Gehirne einnebeln wollen, für Wahrheit und Klarheit und politische Erkenntnis sorgen, sie wollen vielmehr **selbst einnebeln.** Sie wollen nicht die Proletarier von Giftgaswolken und dem amerikanischen Schwindel befreien, sie wollen sie vielmehr selbst unter Giftgas setzen; nur die Fabrikmarke soll eine andere sein! Vor uns liegt ein **Rundschreiben** der **Zentrale der Kommunisten** an alle Organisationen, die in Abschrift allen organisatorischen Körperschaften bis ins einzelne zugeben soll, beziehungsweise zugegangen ist. Das Rundschreiben gibt Anweisung zur Vorbereitung der Präsidentenwahl und der Preußenwahlen, vor allem gibt es die Parole. In diesem Punkte stellt die kommunistische Taktik eine sklavische Nachahmung der NSDAP. dar: Es erhält jeder versprochen, was er gerne hat und was er haben möchte, ohne Rücksicht auf die Realisierbarkeit, vor allem ohne Rücksicht darauf, wie sich die einzelnen Forderungen und Parolen miteinander vertragen oder widersprechen. **Der Wettlauf im amerikanischen Schwindel kann beginnen.**

Die beiden Parteien aber, die mit den Giftgaswolken der Schwindelpropaganda gegen die Köpfe der Wähler losziehen wollen, werden ihre Programme nicht gegeneinander richten. Sie werden vielmehr **einander schonen,** so als ob sie vorher eine Art von Neutralitätsabkommen abgeschlossen hätten. Sie suchen ihre Gegner vielmehr wo anders, und beide sehen den Hauptgegner in der Sozialdemokratie. **Das ist das Bemerkenswerteste an der kommunistischen Wahlparole, daß sie wie eine Unterstützung des faschistischen Ansturms gegen die Sozialdemokratie wirkt.** Die Parole **„Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie"**, wird auch in diesem Rundschreiben beibehalten und gilt als Richtschnur für den ganzen Wahlkampf. **„Das Schwergewicht"**, so heißt es da, **„liegt im Kampf gegen die SPD."** Nach der sozialdemokratischen Partei gilt der Kampf der Kommunistischen Partei vor allem den christlichen Arbeitern.

Die Sozialdemokratie, die freien Gewerkschaften und die christlichen Arbeiter, das sind die Kräfte, die sich nach dem Zusammenschluß der Harzburger Front dem Ansturm des Faschismus entgegengeworfen haben, als er einen Ueberraschungs- und Ueberrumpelungssieg davontragen wollte. Das sind die Kräfte, denen die Arbeiterschaft es verdankt, daß ihre Rechte und ihre Freiheit noch nicht unter der Knute des Faschismus ihr Leben ausgehaucht haben! Ihnen gilt der Kampf der Kommunisten. Sie werden als der Hauptfeind angesehen.

Was wollen also die Kommunisten? Bilden sie sich ein, daß die Macht ihnen zufallen könnte, daß der Weg über die Sozialdemokratie hinweg zu Sowjet-Deutschland geht? Es ist die Politik der Katastrophe, die sie betreiben. Weil die deutschen Arbeiter in ihrer Mehrheit die wahnwitzigen Moskauer Rezepte ablehnen, soll ihnen **der Faschismus beschert werden, aus dem Narrenglauben heraus,** daß sie sich dann der KPD. in die Arme werfen würde. Die deutsche Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit bedankt sich für diese Sorte von Politik, die die Freiheit und die Demokratie zerschlagen lassen will, um hinterher unter tausendfach erschwerten Umständen den Kampf um die Freiheit von vorne anzufangen. Diese wahnwitzige Politik kommt einer direkten Unterstützung der faschistischen Kräfte gleich. Nicht von ungefähr treiben die Kommunisten ihr verräterisches und verbrecherisches Spiel auch im Rücken der Eisernen Front gegen die Eiserne Front als Agenten des Faschismus

Die klassenbewußte Arbeiterschaft geht schweren Kämpfen entgegen. Sie wiederholt die Erfahrung, die sie im Laufe der letzten Jahre genugsam gemacht hat: Wenn die Lage ernst ist, wenn es gilt, entschlossene Front zu bilden gegen Reaktion und Faschismus, dann steht die Kommunistische Partei im Rücken der kämpfenden Arbeiterfront, dann verrät die Kommunistische Partei die Sache der Freiheit und der Demokratie. Die wahre klassenbewußte Arbeiterschaft läßt sich aber dadurch in ihrem Kampf nicht beeinträchtigen. Sie fürchtet weder die Giftgaswolken der Nazis, noch die Wahnsinnstänze der Kommunisten. Sie wird ihre Sache gegen beide zum Siege führen.

Auskünfte der Redaktion

Daxlanden. 1. Für blinde Personen ist die Haltung eines Führerhundes steuerfrei. Schwerhörige Personen, oder hochgradig schlechtsehende können ein Gesuch an den Finanzminister wegen Befreiung von der Hundesteuer machen. Dieses Gesuch ist aber am besten über das städt. Steueramt zu leiten. 2. Eine Witwe hat keinen Erbanspruch auf den Nachlaß des Bruders oder Onkels ihres verstorbenen Ehemannes.

Die Reichswasserstraßen

Von Baumeister Heinrich Fien, Karlsruhe

Die Pressemeldungen über den Uebergang der Wasserstraßen an das Reich haben die badische Bevölkerung an eine in der Reichsverfassung festgelegte Sache erinnert, die vor 10 Jahren die Länderregierungen und in der Folgezeit die Parlamente beschäftigte. In Baden sind Reichswasserstraßen der Rhein von der Schweizer Grenze bei Basel bis zur Landesgrenze bei Sandhofen, der Neckar von der württemberg-hessischen Landesgrenze bei Jagstfeld bis zur Mündung bei Mannheim. Was soll von diesen Gewässern an das Reich übergeben? Nur die unmittelbar der Schiffahrt dienende Stromstrecke mit den hierfür notwendigen baulichen Anlagen. Ausgeschlossen von der Uebernahme sind also Anlagen, die der Kraftgewinnung, dem Hochwasserschutz, der Landeskultur, der Fischerei usw. dienen. Diese Gebiete sind so verbunden, daß sich die Länderregierungen mit Recht gegen die Lostrennung eines Arbeitsgebietes wehren. Dies wird wie bei der Finanzverwaltung dazu führen, daß ein Mehr von Verwaltungsarbeiten entsteht. Dort hat ja, wie wir in Baden sehen, das Auseinanderreißen des Tätigkeitsgebietes nicht zu einer Vereinfachung geführt. Bei den Wasserstraßen lassen sich unmöglich einzelne Gebiete in der Weise wie bei der Finanzverwaltung trennen. Land und Reichsbehörden werden immer wieder zusammen in der gleichen Frage tätig sein müssen. Es ist klar, daß ein solches Nebeneinander nicht dazu beitragen wird, die Arbeit zu verringern. Dem Reich ist bisher durch den Vollzugsauftrag an die Länder bestimmt kein Nachteil erwachsen. In Baden ist man bei den technischen Behörden gewohnt zu sparen, wie der Herr Finanzminister Dr. Mattes in seinen Ausführungen zum Sparguthaben anerkennen mußte. Das Reich hatte bisher keinen Anlaß, die Maßnahmen der badischen Verwaltung zu kritisieren. Die Nachprüfung der Rechnungen für die Reichswasserstraßen erfolgte bisher schon in Berlin. Es konnte also nichts verschwiegen werden. Sollte in einem anderen Land anders gewirtschaftet worden sein, als in Baden, dann war dem Reich bei der Zuteilung der Mittel Gelegenheit geboten, Mißstände abzustellen.

Bei den Regierungsverhandlungen vor 10 Jahren zum Uebergang der Wasserstraßen an das Reich habe ich als Beamtenvertreter die Wünsche der unteren und mittleren Beamten dahin zusammengefaßt:

„Wir werden uns dem Reich vorbehaltslos zur Verfügung stellen, wir nehmen dabei an, daß die Vereinbarungen und ihre Auslegungen zwischen dem Reich und Baden so getroffen werden, daß der neue Zustand für das Land Baden keine Verschlechterung bedeutet."

In dem vorhergehenden habe ich bereits angeführt, daß in sachlicher Hinsicht der vorgesehene Uebergang für das Land und das Reich erhebliche Nachteile bringen wird.

In personeller Hinsicht sind die Bedenken heute nicht weniger schwer. Eine 10jährige Tätigkeit von Reichsbehörden in Baden liegt hinter uns, so daß es möglich ist, aus der Vergangenheit zu schöpfen.

Man hat das Landesarbeitsamt nach Stuttgart genommen. Die Neckarbaudirektion hat man nicht nach Baden, entsprechend der größeren Baustrecke, sondern nach Württemberg genommen. Alle Bemühungen der badischen Mittelschultechniker bei dieser Verwaltung eine Anstellung zu erhalten, waren erfolglos. Erst im letzten Jahre ist es gelungen, drei, allerdings nur als Arbeiter unter zu bekommen. Die Reichsbahn hat sich ebenfalls verpflichtet, in Baden Badener zu verwenden. Obgleich die badischen Mittelschultechniker den Preußen nicht nachstehen, arbeitslose Badener genügend vorhanden sind, um die durch Abgang freiwerdenden Stellen zu besetzen, hat man es in den letzten Jahren fertig gebracht, eine ganz namhafte Zahl Beamtenanwärter aus Preußen nach Baden zu versetzen. In anderen Berufsarten ist es ähnlich. Dieses Vorgehen wird als besondere Härte empfunden, zumal die Arbeitslosigkeit der Techniker prozentual alle anderen Berufe übertrifft. In dem Reichsverkehrsministerium (Wasserbauabteilung) hat man bisher nur für einen badischen Akademiker Arbeitsmöglichkeit gehabt, bei den anderen Abteilungen wird es ähnlich sein.

Der Aufbau der Reichswasserstraßenbehörden, die uns hier interessieren, ist so gedacht, daß eine Strombaudirektion nach Coblenz und eine nach Mainz kommen soll. So nebenbei spricht man auch von Karlsruhe. Baden mit seiner Rheinstromlänge (einseitig) von 267 Kilometer, davon etwa 190 Kilometer Reichsgrenzstrom von besonderer Eigenart, soll für eine Direktion nicht in Frage kommen. Wie die Errichtung von Strombauämtern für Baden im Endstatium ausfallen wird, läßt sich nicht schwer erraten. Vielleicht sucht man damit eine Ausweg, daß man einen badischen Techniker zum Strombaudirektor irgendwo ernennt. Vielleicht? Den badischen Interessen wäre mit dieser Lösung weder in sachlicher noch in personeller Hinsicht gedient. Wenn wir in Baden, wie in den letzten Jahren fortfahren unsere Interessen zu vertreten, erleben wir es noch, daß in Baden nur noch Nichtbadener Beamtenstellen erhalten können. Wir werden künftighin etwas mehr die Oeffentlichkeit wachrufen. Die Reichsreform begrüßen wir, wenn sie zum Wohle aller Teile des deutschen Volkes beiträgt Die bisherigen und die jetzt vorgesehenen Maßnahmen lassen dies sehr vermissen.

Man darf von der badischen Staatsregierung erwarten, daß sie die badischen Personalbelange der Nichtakademiker mit etwas mehr Aufmerksamkeit als bisher verfolgt, dafür sorgt, daß die Nichtbadener in ihre früheren Einstellungsbezirke zurückversetzt und durch Badener ersetzt werden. Man denke dabei aber, Berlin liegt weit von Baden.

Partei-Nachrichten

Genosse Karl Reißle †

Hagsfeld. Im Alter von 63 Jahren ist unser lieber Parteigenosse **Karl Reißle** unerwartet aus dem Leben geschieden. Ein Herzschlag hat seinem Leben ein Ziel gesetzt. Genosse Reißle war 23 Jahre Mitglied unserer Partei und ebensolange Volksfreundleser und hat sich jederzeit warm für unsere Interessen eingesetzt. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Den Angehörigen sprechen wir unser herzlichstes Beileid aus.

„Die Eiserne Front"

Für Werbezwecke der Eisernen Front hat der **Film- und Lichtbilddienst** der Partei, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, eine Lichtbildserie-Bildband (62 Bilder), betitelt „Die Eiserne Front", herausgebracht, die ein außerordentlich wirksames Bildermaterial, erläutert durch packende Ausführungen, enthält. Die Serie eignet sich vorzüglich zur Vorführung in Partei-, Reichsbanner-, Gewerkschafts- und Sportkreisen, aber auch für alle öffentlichen Werbeveranstaltungen der Eisernen Front.

Die Leihgebühr der Lichtbildserie beträgt für eine einmalige Benutzung 5 ℳ, für Berlin 3 ℳ, zuzüglich Versandspesen. Für jeden anschließenden Tag wird eine Gebühr von 2 ℳ erhoben. Das Bildband kostet 5,50 ℳ.

Ferner erschien die Serie Nr. 916 „Neuzeitliche sozialdemokratische Agrarpolitik", 58 Bilder, Bearbeiter Kurt Bading (Berlin). Bildband 5 ℳ. Der Vortrag ist aufgebaut auf den Abschnitten des Kieler Agrarprogramms, Absatz- und Produktionsförderung der Landwirtschaft".

Ein ausführliches Film- und Lichtbildverzeichnis wird Interessenten auf Wunsch kostenlos übersandt.

Reste und Einzelstücke

Weißer Waren

die während der „Weißen Woche" durch Dekoration leicht angestaubt sind, bringen wir im Lichthof auf Extratischen ganz besonders billig zum Verkauf. **Einzelstücke in Bett-, Leib- und Tischwäsche,** Reste und Coupons in **Wäschestoffen, Bettdamasten, Haustuch und Halbleinen für Bettücher, Bettuchbiber u. Handtücher**

Dekorations-Taschentücher mit Hohlsaum ..... Stück 12 ₰

Verkauf im Lichthof

Stehlampen (Schreibtisch- bezw. Verandalampen) Pergament-Schirm, Fuß in Schleiflackfarben 3.25 2.25

Trikotagen

Damen-Futterschlüpfer Kunsts. Decke, innen gerauht, Gr. 42–46 85 ₰
Damen-Hemdhosen Baumwolldecke mit warmem Flauschfutter, Gr. 42-48 1.45
Damen-Normalhemden wollgemischt, Größe 42–46 ..... 1.75
Herren-Normalhosen mit Ueberschlag, wollgemischt, Gr. 4–5 95 ₰
Herren-Einsatzhemden guter Rumpftrikot, mod. Einsätze, Gr. 4 1.45
Herren-Normaljacken schwere wollgemischte Qualität Größe 4–5 ..... 1.65

Strümpfe

Unterziehstrümpfe reine Wolle, hautfarbig ..... Paar 58 ₰
Damen-Strümpfe echt Mako, solide Qualität .... Paar 65 ₰
Damen-Strümpfe Wolle mit Kunstseide, II. Sort., moderne dunkle Farben, auch schwarz ... Paar 95 ₰
Damen-Strümpfe reine Wolle, weiche Qualität ... Paar 1.10
Damen-Strümpfe feinmaschige künstl. Waschseide oder Kunstseide plattiert ... Paar 1.25
Reinwoll. Dreiecktücher in vielen schönen Farbstellungen 1.65 1.35

KNOPF

5711

Arbeitsgemeinschaft soz. Lehrer, Kreis Mittelbaden

Samstag, 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, **Kreisversammlung** im „Volkshaus" in Karlsruhe, Schützenstraße 16. Gen. Pfarrer Kappes spricht über „Die sittliche Idee des Sozialismus".

Hohenwettersbach. Donnerstag, den 11. Februar, findet abends 8 Uhr in der „Kanne" die Gründungsversammlung der Eisernen Front statt. Gen. Heller-Karlsruhe referiert. Sämtliche Genossen, Arbeitersportler, Gewerkschaftler, die politisch auf unserm Boden stehen, werden erwartet.

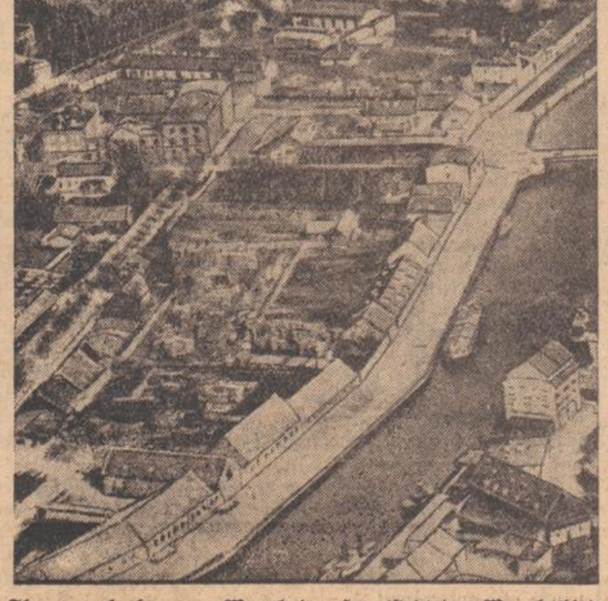
Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die kontinentale Kaltluft, die gestern früh im Osten Deutschlands angelangt war, hat gestern ganz Deutschland erfaßt. Auch bei uns sind die Temperaturen von gestern mittag bis heute früh allenthalben um 12 Grad gesunken, so daß in der Rheinebene minus 10 Grad, im Gebirge bis zu minus 17 Grad erreicht wurden. Die Winde haben nach Nordost gedreht und aufgefrischt. Mehrfach traten auch Schneefälle auf, die im Gebirge 5—10 Zentimeter Neuschnee lieferten. Die Schneedecke ist jedoch verweht. Die Schneefälle werden jetzt im wesentlichen vollendet sein. Für morgen ist mit trockenem Frostwetter zu rechnen.

Wetteraussichten für Donerstag, den 11. Februar 1932: Fortdauer des Frostwetters, zeitweise heiter, trocken, rauhe Nordostwinde.

Wasserstand des Rheins

Basel minus 34; Waldshut 177, gest. 1; Schusterinsel 28, gest. 4; Kehl 173, gef. 1; Maxau 344, gef. 3; Mannheim 215, gest. 4; Caub 151, gef. 2 Zentimeter.



Flugzeugaufnahme von Memel, der Hauptstadt des Memelgebiets

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Berghausen (Sitzung vom 5. Februar)

Der Abschluß der Gemeindekasse vom Monat Januar wurde zur Kenntnis genommen. Das Abführen des Gemeindeholzes wurde vergeben. Verschiedene Bürgergaben sind trotz der vorliegenden Gesuche zu versteigern, falls bis zum Versteigerungstermin die Rückstandsschuld nicht beglichen ist. Die Lieferung von 200 Ztr. Brechkoks ist auf Freitag, 12. Februar im Submissionsweg zu vergeben. Gegen die Gebührenfestsetzung für Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht zur Kultivierung der Lehmgrube ist Einspruch zu erheben, da dieselbe unter Berücksichtigung des geringen Arbeitsaufwands seitens des staatlichen Personals außerordentlich hoch erscheint. Der Eintritt eines neuen Jagdpächters (Teilhaber) an Stelle eines ausscheidenden in das Vertragsverhältnis für Jagddistrikt I wird genehmigt. Unter gewissen Bedingungen ist der Fa. Holzindustrie Bruchsal das Buchenstammholz aus den Gemeindewaldungen zu dem eingereichten Angebot zu überlassen, das restliche Stammholz ist an einem noch festzusetzenden Termin zu versteigern. Die Frage der Unterstützung von ausgesteuerten Erwerbslosen wurde eingehend geprüft und ist in dieser Angelegenheit am Dienstag 9. Februar Beschluß zu fassen.

Söllingen (Sitzung vom 4. Februar)

Vom Kassenabschluß der Gemeindekasse vom 1. Februar in Höhe von 174 267,76 ℳ in Einnahmen und 173 369,72 ℳ in Ausgaben wird Kenntnis genommen. — Durch Mehrheitsbeschluß wurden die Anträge der NSDAP. bezüglich Einführung einer örtlichen Warenhaussteuer, sowie Wahrung der Rechte der Gemeinden in Besoldungsfragen, abgelehnt. Der Antrag der bürgerlichen Vereinigung um Herabsetzung der ortsüblichen Löhne, wird um den Antragstellern von der Auffassung der Erwerbslosenversammlung in dieser Sache Kenntnis zu geben, vorerst nochmal zurückgestellt. — Auf Antrag der Bezirkskasse wird ein Anwesen geschätzt, sowie von Ueberweisung von 113 ℳ seitens der Bezirkssparkasse in Form von Freigebigkeitshandlung Kenntnis genommen. Der Betrag soll für allerbedürftigste Gemeindebewohner Verwendung finden. — Der in letzter Sitzung gefaßte Beschluß gegen einen Schuldner von Gemeindesteuern wird auch in heutiger Sitzung gegenüber seinen Einwendungen hochgehalten. Das Grundbuchamt gibt Nachricht von einer zu Gunsten der Gemeinde eingetragenen Sicherheitshypothek in einer Unterstützungsangelegenheit. — Dem brandgeschädigten Mitbürger Adolf Wenz wird für die Zeitdauer ohne eigenes Heim eine Abgabe für sein Anwesen aus Billigkeitsgründen erlassen. — — Einem weiteren Schotterangebot wird zugestimmt. — Laut fachmännischem Gutachten ist eine gründliche Renovierung der Gemeindewaage nicht zu umgehen. Diesbezügliche Angebote sollen eingeholt werden. — Dem Gesuch des Erwerbslosenausschusses um Ueberlassung des Rathaussaales zur Abhaltung eines Vortrags über das Erwerbslosengesetz, steht nichts im Wege. — In heutiger Sitzung werden eine große Anzahl von Fürsorge- und ähnlich gelagerten Gesuchen in teils zustimmendem als auch ablehnendem Sinne verbeschieden. Schluß wieder nach 12 Uhr.

Veranstaltungen

Mittwoch, 10. Februar:

Badisches Landestheater: Napoleon oder die hundert Tage. 19.30 Uhr.
Colosseum-Theater: Erwerbslosen-, Kleinrentner- und Kindersondervorstellung. Ungekürzt. Ausweis. 15.30 Uhr. Herabgesetzte Preise. — Abend: Wiederholung des Intern. Varietéprogramms. 20 Uhr.
Badische Lichtspiele: Schicksalswürfel. 20.30 Uhr.
Gloria-Palast: Der Schlemihl. Tonbeiprogramm.
Kammer-Lichtspiele: Ich geh' aus und Du bleibst da. Zarte Schultern.
Palast-Lichtspiele: Ich bleib bei Dir . . . bis morgen früh. Beiprogramm.
Residenz-Lichtspiele: Ellen Richter persönlich. Ihr Film: Die Abenteuerin von Tunis.
Union-Theater: Hilfe — Ueberfall. Beiprogramm.

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

10. Februar 1932.

1879 †Französischer Maler Hon. Daumier. — 1901 †Hygieniker Max v. Pettenkofer. — 1923 †Physiker Wilhelm Röntgen. — 1928 Funkfernspr. Deutschland—Nordamerika eröffnet. — 1931 Reichstagsreform gegen die Saboteure parlament. Arbeit.

Mietsenkung – Erhebung der Gebäudesondersteuer

Von einem Arbeitslosen wird uns geschrieben: Nach der vierten Notverordnung wurde der Mietzins um 10 Prozent der Friedensmiete ab 1. Januar 1932 gekürzt. Wir Arbeitslosen atmeten auch auf ob der finanziellen Erleichterung im Haushalt, wurde doch schon wochenlang vorher Propaganda dafür gemacht und gar mancher unter uns schaute hoffnungsfroh in die Zukunft. Aber, o weh, die Arbeitslosen in der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung sind von der Mietsenkung schwer enttäuscht, denn für sie hat eine solche überhaupt nicht stattgefunden. Der Betrag, um den die Miete gesenkt wurde, wurde vom **Fürsorgeamt und der Gebäudesondersteuer wieder abgezogen.** Als Beispiel führe ich an: Meine Miete wurde um 3,20 ℳ gesenkt. Da ich in der Krisenunterstützung einen Mietzuschuß vom Fürsorgeamt erhalte, der jedoch wieder zurückbezahlt werden muß, wurde mir dieser **Zuschuß um 2 ℳ gekürzt.** Da ich außerdem als Arbeitsloser von der **Gebäudesondersteuer** in Höhe von 5 ℳ befreit war, wurde mir an dieser Befreiung **ebenfalls 1 ℳ gekürzt.** Es sind dies zusammen 3 ℳ, **bleibt also für mich eine Mietsenkung von sage und schreibe 20 Pf. übrig.**

Ist das nun der praktische Sinn der Notverordnung, daß die Aermsten der Armen um ihre Mietsenkung betrogen werden? Ist das vielleicht Gerechtigkeit? Wir wollen nicht annehmen, daß das dem Wunsche des Gesetzgebers entspricht und erwarten, daß in dieser Sache von den maßgebenden Instanzen etwas getan wird, sonst darf man sich wahrhaftig nicht wundern, wenn die politische Radikalisierung der Arbeitslosen Grenzen erreicht, die durchaus nicht gutgeheißen werden können, die aber eine natürliche Folge der ungerechten Behandlung sind und die manchmal zu Unannehmlichkeiten für die ausführenden Beamten führen. Deshalb **hinweg mit diesen neuen Abzügen, damit der Arbeitslose auch in den Genuß der Mietsenkung kommt.** Für die Arbeitslosen selbst ist dieser Zustand ein neuer Beweis, wohin Uneinigkeit führt und wie notwendig es ist, daß sich **alle Arbeitnehmer zusammenschließen in den freien Verbänden und in der Sozialdemokratischen Partei,** um so Einfluß zu gewinnen auf die Gesetzgebung, damit eine gerechte und soziale Verteilung der Lasten erfolgen kann. Auch hier gilt so recht das Wort von Rückert: Was irgend gelten will und walten, muß in der Welt zusammen halten!

K. Sch.

Nationalsozialismus im Schwarzwaldverein

Ein Mitglied der „Naturfreunde" schreibt uns: Es könnte uns egal sein, was zur Zeit in der Vorstandschaft unserer „Bruder"-Organisation vor sich geht, wenn es nicht Beweis dafür wäre, wie der Nationalsozialismus alle bürgerlichen Vereine zersetzt. Wir Naturfreunde arbeiten mit dem Schwarzwaldverein wegen der „Bergwacht" und anderen Fragen zusammen, und was dieser Verein für das Wandern und die Orientierungs-Wegweiser im Schwarzwald bisher geleistet hat, verdient alle Anerkennung.

Aber nun ist man drauf und dran, **ins Hitlerlager einzuschwenken.** Sie, verehrl. Redaktion, werden sagen: Beweise für diese immerhin etwas auffallende Behauptung! Gut; die sollen Sie haben! Am morgigen Donnerstag soll anläßlich der stattfindenden Generalversammlung der mehr als hitlerverdächtig geltende erste Präsident Prof. Dr. Aug. Göbringer von der Kant-Oberrealschule als 1. Vorsitzender wiederum gewählt werden! Das wird gelingen, wenn die Anti-Nazis im Schwarzwaldverein nicht auf dem Posten sind. Ein paar Dutzend Nazi-Vereinsmitglieder für Herrn Dr. Göbringer bringt man schon auf.

Dann das künftige Inserieren im Führer! Ein eifriger Hauptlehrer W. setzt sich dafür ins Zeug! (Im Volksfreund hat man ja an sich nur ausnahmsweise inseriert.) Jetzt aber soll es dem Bad. Beobachter, dem Zentralorgan der Zentrumspartei, an den Kragen gehen. Das könnte uns Naturfreunden gleichgültig sein, aber die beabsichtigte Bestellung des Führer zum offiziellen Insertions-Organ eines bisher unpolitischen Wander-Vereins ist doch das gesuchte Sprungbrett zum Hinübergleiten ins Hitler-Lager überhaupt! Natürlich sind dafür nur „sachliche" Gründe maßgebend: Der Führer habe sehr viel, der Beobachter sehr wenig Abonnenten in Karlsruhe usw. Man wird den Rang finden!

Und eine große Ortsgruppe des allgemein geschätzten Schwarzwaldvereins ist — nationalsozialistisch geworden! Wald heul! Die paar letzten Arbeiter, die er noch als Mitglieder hat, werden ihm die Austrittserklärung im raschesten Tempo übermitteln.

Architektur-Ausstellung

Der Bezirksverein Karlsruhe der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen veranstaltete am Samstag, den 30. Januar eine Besichtigung der Architekturausstellung des Herrn Professor Schweizer von der Technischen Hochschule Karlsruhe. Herr Professor Schweizer hatte in dankenswerter Weise die Führung durch diese Ausstellung seiner Werke selbst übernommen. In einem einleitenden Vortrag vermittelte er den zahlreich erschienenen Gästen und Mitgliedern des Bezirksvereins seine Auffassung über das Wesen der neuzeitlichen Architektur. Von einer festen, geistigen Grundlage ausgehend entsteht auf rationalem Wege das Bauwerk, das sich in die ihrem Wesen nach irrationale Natur einfügen muß und trotz oder gerade wegen der Wesensverschiedenheit auch glücklich einfügen kann. Im Besitz dieser Grundlagen und überzeugt von der Notwendigkeit, ihnen das Primat bei der Durchführung zuzuweisen, entstehen die Bauwerke, die vollkommen einfach und klar, die organische Eingliederung der Bedürfnisse des Lebens unserer Zeit in den architektonischen Gedanken wiederspiegeln. Aus diesem Geist der neuzeitlichen Architektur sind die in der Ausstellung zur Darstellung gebrachten Werke von Professor Schweizer hervorgegangen. Die umstrittene glückliche Lösung seiner Bauten in Nürnberg stellte den Architekten vor die neue dankbare Aufgabe, für die Stadt Wien auf den herrlichen Praterwiesen ein Stadion zu errichten. Hier wurde eine Lösung gefunden, in der die Bedürfnisse der modernen Massenversammlung zu Sport, Spiel und jeglichem Schauspiel in einheitlicher Form gebunden ihren stärksten geistigen Ausdruck erhalten haben. Auch den Industriebau, dem ein noch rationaleres Wesen eignet, hat Professor Schweizer mit Betonung der zweckmäßigen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten gestaltet, wie die zur Darstellung gebrachten Bilder des städtischen Milchhofes von Nürnberg-Fürth zeigen.

„Vergeßlichkeit" im Polizeibericht

Warum denn eine so schonende Behandlung gegenüber den Nazis?

Wir hatten schon öfters Veranlassung nehmen müssen, zu kritisieren, daß der Polizeibericht oft einseitig abgefaßt ist, wenn es sich um politische Vorfälle handelt. Dann und wann kann die Beobachtung gemacht werden, daß, wenn Kommunisten in Frage kommen, sie auch ohne weiteres als solche genannt werden. Sind jedoch Nazianhänger die Missetäter, dann zeigt sich oft eine geradezu auffallende Rücksichtnahme. Nachstehender Fall bestätigt wieder von neuem die Richtigkeit unserer Behauptung. Es enthielt da am Montag der Polizeibericht folgende Meldung.

Schwierige Festnahme

Ein zur Verhaftung ausgeschriebener 28 Jahre alter Arbeiter, der am Sonntag früh in einem Hause der Zähringerstraße von Beamten der Fahndungspolizei festgenommen wurde, setzte den Beamten heftigen Widerstand entgegen, so daß er nur unter äußerster Gewaltanwendung überwältigt werden konnte. Dabei wurde ihm eine geladene Armeepistole, die er unter dem Kopfkissen hervorgezogen hatte, aus der Hand gewunden, bevor er davon Gebrauch machen konnte. Nach seinen eigenen Angaben hatte er nicht die Absicht gehabt, die Waffe auf die Beamten zu richten, sondern sich selbst zu erschießen, um sich der Festnahme zu entziehen.

Im Zimmer des Festgenommenen wurde noch eine Anzahl von scharfen Pistolenpatronen, ein geschliffenes Infanteriseitengewehr sowie eine allerdings leere, aus Heeresgut stammende Handgranate älteren Modells vorgefunden. Bei dem Festgenommenen handelt es sich um einen vielfach vorbestraften Menschen.

Jeder Uneingeweihte mußte aus dieser Meldung entnehmen, daß es sich für den Festgenommenen um eine Persönlichkeit handelt, die politisch auch nicht im geringsten engagiert ist. Nach verbürgten Mitteilungen an uns trifft diese Annahme jedoch nicht zu, sondern es handelt sich bei dem Festgenommenen um einen waschechten, sehr tätigen Nationalsozialisten, der nach einer weiteren Meldung an uns sogar trotz seiner vielen Vorstrafen die Ehre hat, zur Ehrenwache vom Führerverlag zu zählen. Das reine Waffenlager wurde bei ihm also entdeckt.

Was aber zur berechtigten Kritik herausfordert, ist die Tatsache, daß man im Polizeibericht nicht mit einem Wort erwähnt, daß der Besitzer dieser Waffen Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ist. Man komme ja nicht mit der Ausrede, es hätte sich dies nicht feststellen lassen, denn es sind genügend weise vorhanden, daß auch die Polizei von der Mitgliedschaft des Festgenommenen bei den Nazis Kenntnis bekam. Nicht nur, daß der Waffenbesitzer das nationalsozialistische Parteiabzeichen trug, sondern, wie uns berichtet wird, fand sich auch eine Empfangsbescheinigung vor, die sicherlich auf den Empfang der Waffen Bezug hatte. Es entsteht deshalb mit Recht die Frage, warum die Parteizugehörigkeit des Festgenommenen verschwiegen wird. Es scheint, daß gewisse Kreise der Polizeidirektion sich die Manieren der Badischen Presse zu eigen machen und den Nationalsozialisten schonendste Behandlung zuteil werden lassen. Gegen eine derartige einseitige Behandlung muß aber aufs energischste protestiert werden. Was nützt es denn, wenn die unteren Polizeibeamten sich alle Mühe geben, gegen die Staatszerstörer von rechts und links vorzugehen und an oberen Stellen werden die Herren Nazis mit geradezu auffallender Schonung behandelt?

Vor einigen Tagen gab die badische Regierung in den Zeitungen der Regierungskoalition in rücksichtsloser Weise die Aufmarschorganisation der Nazis bekannt. Aber wenn bei einem Nazi Waffen und Munition in so reicher Menge gefunden wird, so erwähnt der Polizeibericht im Gegensatz zu dem energischen Vorgehen der badischen Regierung nicht einmal, daß ein Mitglied der Nationalsozialisten in Frage kommt. Es ist höchste Zeit, daß hier nach dem Rechten gesehen wird, denn schließlich ist die republikanische Polizei nicht dazu da, um Zerstörer der Republik noch rücksichtsvoll zu behandeln.

Aufhängen, aufhängen

Wir leben bekanntlich im großen Zeitalter der Schimpf- und Aufhängepsychose. Davon zeugen auch jene Gäste in einer Wirtschaft der Südweststadt, die sich am Fastnachtsonntag zu einem Dämmerschoppen zusammengefunden hatten. Und da nun einmal nicht mehr das Sprichwort gilt, daß der Bart den Mann macht, sondern es heute heißt, daß das Schimpfen als Beweis der „Reife" gilt, so legten die Dämmerschoppengenießer auch entsprechend los. Ein biederer Maurermeister ging wortführend voran, kritischen Stoff gab ihm besonders ein kleines Artikelchen in der letzten Jugendbeilage des Volksfreund, betitelt „Ein Arbeitstag". In 22 Zeilen schildert ein Lehrling die Eindrücke von seiner Arbeit, er erzählt sie, wie er sie durch die Brille eines jugendlichen Menschen gewahr wird. Und diese wenigen Zeilen haben den Mann vom Bau in Harnisch gebracht, sie wirkten auf ihn wie ein rotes Tuch auf ein bekanntes Tier. Sein Mißfallen ist derart groß, daß er den Artikel seiner Brusttasche anvertraut hat, also stets bei sich trägt. Plötzlich zieht er ihn aus dem Versteck heraus und liest ihn Wort für Wort den andächtig zuhörenden Tischgenossen vor. Besonders beanstandet er u. a., daß sich der jugendliche Schreiber des Artikels jeden Morgen langsam anzieht und sich zur Mittagspause langsam fertig macht. Ja, bei unserem Maurermeister heißt es eben: Tempo, Tempo! Maurertempo! Sogar beim Aufstehen aus dem Bett. Ich kann mir so vorstellen, wie unser Meister vom Bau in seinen Jugendjahren mit Ungeduld wartete, bis endlich die Stunde des Aufstehens schlug und dann gings in kühnem Sprung aus der Falle. Eiligst zog er sich an und im Schnellzugstempo rannte er zur Arbeitsstelle, wo er schweißtriefend ankam, um sodann weiterhin leuchtendes Beispiel vom Maurerschweiß zu sein. Von einer Mittagsstunde wollte er nichts wissen, er erhob stets Protest, daß es schon 12 Uhr war oder er rückte den Zeiger der Uhr um einige Stunden zurück. Schlag 12 Uhr warf er die Kelle nicht einfach hin, wie es „landesüblich" sein soll, sondern er mauerte weiter und weiter ... An einen Feierabend dachte er nie, denn seine Arbeitslust kannte keine Grenzen. Ein solches Ideal eines Lehrlings muß der Maurermeister gewesen sein, denn sonst könnte er doch nicht einen so hohen Blutdruck erhalten, wenn ein Lehrling anders denkt und schreibt. Oder sollte man sich schließlich doch täuschen?

Aber auch die Tischgenossen des Maurermeisters finden es einfach unerhört, daß ein Lehrling so etwas schreibt. „Aufg'hängt g'hört 'r!" schreit einer, dem die Wut die Backen rot gefärbt hat. Und weil nun einmal das Aufhängefieber die Zecher packte, gibt einer seinem Zorne durch folgenden unfreiwilligen Witz zum Ausdruck: „Und auch das Blatt, das so was aufnimmt, g'hört aufg'hängt." Uebrigens erfüllte der Wirt erfreulicherweise diesn Wunsch bereits, denn er hat den Volksfreund seit Jahren in seiner Wirtschaft „aufgehängt". Schon schien es, als ob der verantwortliche Redakteur auch noch aufgehängt werden sollte, denn die aufhängeliebenden Dämmerschöppler unterhielten sich darüber, welcher Redakteur „so etwas aufnimmt". O, wenn die Aufhängebegeisterten erst gewußt hätten, wie leicht greifbar so ein Redakteur gewesen wäre! Der Wunsch nach dem Aufhängen des Redakteurs kam jedoch nicht über die Lippen eines der Gäste. Allerdings war ein Galgen auch nicht da, dafür aber hatte der so rührige Wirt so viel Girlanden aufgehängt, daß auch dem eingefleischtesten Spießer zum Bewußtsein kam, daß wir in närrischen Tagen leben. Und da ist das Schimpfen und der Wunsch nach Aufhängen erlaubt. Selbst ein Redakteur hat Verständnis dafür.

Hafenverkehr im Januar 1932

NA. Der Wasserstand des Oberrheins hat im Januar 1932 häufig gewechselt. Am Pegel zu Maxau gemessen stand er am Anfang des Monats auf 355 Zentimeter, stieg unter Schwankungen bis auf 612 Zentimeter (am 10.) und fiel dann gleichfalls unter Schwankungen bis auf 367 Zentimeter am Ende des Monats.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Januar 90 Güterboote und Motorboote sowie 230 Schleppkähne angekommen und 91 Güterboote und Motorschiffe sowie 212 Schleppkähne abgegangen. Gegenüber dem Monat Dezember 1931 war der Verkehr von Güterbooten und Motorschiffen im Januar 1932 stärker, jener mit Schleppkähnen in der Ankunft ungefähr gleichgroß, dagegen im Abgang bedeutend schwächer. Im Vergleich zum Monat Januar 1931 war der Verkehr im Januar 1932 mit Güterbooten und Motorschiffen sowie mit ankommenden Schleppkähnen etwas schwächer.

Der Umschlagsverkehr im Karlsruher Rheinhafen war im Monat Januar 1932 rund 13 000 Tonnen stärker als im Dezember 1931, dagegen rund 2500 Tonnen schwächer als im Januar 1931, was auf eine geringere Zufuhr von Brennstoffen zurückzuführen ist. Der Rückgang der Brennstoffzufuhr dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Deutsche Reichsbahn mit Wirkung vom 16. Dezember 1931 die Frachtsätze für die deutsche Steinkohle, nicht aber die für die deutsche Umschlagskohle gesenkt hat.

Aus Organisationen und Vereinen

Der Kaninchen- und Geflügelzuchtverein Karlsruhe-Mühlburg e. V., hielt am 24. Januar 1932 in seinem Vereinslokal Gasthaus „Zum Goldenen Hirsch" in Mühlburg, seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Besuch war der Zeit entsprechend gut. Nach dem **Jahresbericht** des Vorsitzenden Chr. Hayer konnte erfreulich werden, daß der Verein im vergangenen Geschäftsjahr einen beachtenswerten Fortschritt zu verzeichnen hat, sowie auch in den geselligen Veranstaltungen einen guten Erfolg verbuchen konnte. Besonders ist die neugegründete Frauengruppe, die dem Verein Mühlburg angeschlossen ist, hervorzuheben. Mit besonderer Genugtuung wurde auch der Bericht des Kassiers Franz Eckert, aus der Bericht der Kassenrevisoren entgegengenommen, woraus zu ersehen war, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Dem Kassier, sowie auch den Revisoren dankte der Vorsitzende in herzlichen Worten für die geleistete Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr. Die **Neuwahl** der Vorstandschaft konnte ebenfalls in Kürze erledigt werden, indem die bisherige Leitung des Vereins einstimmig widergewählt wurde. Mit einem Appell an die Mitglieder, auch im neuen Geschäftsjahre trotz der Unzeit der Zeit treu zum Verein zu stehen, konnte die harmonisch verlaufene Generalversammlung durch den 1. Vorsitzenden geschlossen werden.

*

(:) **Die Gedächtnisfeier am Volkstrauertag.** Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. veranstaltet am Sonntag, den 21. Februar, 11.40 Uhr vormittags, im großen Saale der Festhallen eine Gedächtnisfeier, wobei das Orchester des Badischen Landestheaters und der Männergesangverein Liederhalle mitwirken werden. Im Mittelpunkt steht die Ansprache des Professors Mittelstraß.

(:) **Nach München.** Der ordentliche Professor der Geometrie an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Dr. Richard Baldus, folgt auf 1. April 1932 einen Ruf auf den Lehrstuhl für Geometrie an der Technischen Hochschule München als Nachfolger des Geheimrats Finsterwalder angenommen.

(:) **Kinderheimkehr.** Am Freitag, den 12. Februar, nachmittags 17.53 Uhr, kehren die vom Verein Jugendhilfe im Kindererholungsheim Steinabad und am Samstag, den 13. Februar, abends 19.56 Uhr, die in Friedenweiler untergebrachten Kinder nach sechswöchentlicher Kur hierher zurück.

Uraufführung des Tonfilmes „P.S." in Karlsruhe. Am Sonntag vormittag fand im vollbesetzten Hause der Residenz-Lichtspiele die **Uraufführung** eines neuen Tonfilmes vom Kraftwagen, der unter dem Titel **„P.S."** startet, statt. Einleitend sprach der Leiter der „30-Tage-Fahrt auf dem Nürburgring", Herr Kapitän Rohde von der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, von der Leinwand über das Kraftfahrzeug als ideales wirtschaftliches Hilfsmittel für Personen und Lasten. Der neue Ufa-Kultur- und Lehrfilm ist unter Leitung von Dr. Ulrich Kayser gedreht worden. Die Hauptrollen spielen Claire Rommer, Paul Henkels und Walter Rilla teilweise mit köstlichem Humor gewürzt. Erst zeigen sie, wie es dem Kraftfahrer ergeht, der als Laie — aller technischen Kenntnisse bar — mancherlei Mißgeschick erlebt. In Dipl.-Ing. Werner kommt dann der sachverständige, rettende „Engel", der dem verzweifelten Kraftfahrerpaar äußerst unterhaltsamer und geschickter Form zeigt, worauf es ein- lich bei der Anschaffung und beim Unterhalt eines Autos in erster Linie ankommt. Im chemischen Laboratorium, am Motoren-Prüfstand und durch Trickzeichnungen erlangt man schnell und spielend allerlei wichtige technische Kenntnisse. Ebenso instruktiv und spannungsvoll ist auch die äußerst geschickte Darstellung der finanziellen Seite, bei den verschiedenen Kraftwagentypen, was gerade für die jetzige Zeit, wo jeder **sparsam** und **wirtschaftlich** fahren will, von größter Wichtigkeit und größtem Interesse ist.

(:) **Zuruhesetzung.** Vor kurzem trat infolge Erreichung der Altersgrenze der Vorstand der Abteilung II der Stadtkanzlei, Verwaltungsoberinspektor Karl Reber, in den Ruhestand. Aus diesem Anlaß bereiteten ihm seine Kollegen am 6. d. Mts. eine kleine Abschiedsfeier.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Polizei berichtet:

Diebstahl

In vergangener Nacht wurde in einem hiesigen Kaffee einem Fräulein ein Pelzmantel im Wert von mehreren hundert Mark entwendet.

Ausklang der Fastnacht

In Karlsruhe und Durlach mußten in der Nacht zum Mittwoch mehrere Personen in polizeilichen Gewahrsam genommen werden, die sich an Schlägereien, Ruhestörungen und dgl. beteiligt hatten.

*

(:) **Hinter den Kulissen eines Warenhauses.** Am Freitag, den 12. Februar, 19.30—19.55 Uhr, sendet die Deutsche Welle (Königswusterhausen) ein Gespräch zwischen drei Angestellten großer Berliner Warenhäuser. Das Gespräch wird die technischen Vorgänge, die sozialen Zustände und das Verhältnis von Publikum und Verkäufer in den großen Warenhäusern schildern. Der Zentralverband der Angestellten bittet uns mitzuteilen, daß er im Haus des ZdA., Gartenstr. 25, Saal 3 das Dreigespräch zur Uebertragung bringen wird. Anschließend findet dort eine Aussprache über das Gehörte statt. Verkäuferinnen und Verkäufer, die Lehrerschaft der Handels- und Berufsschulen und andere interessierte Personen sind zu dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen.

(:) **Zusammenschluß der Berufschorleiter.** Die Bemühungen des Werbeausschusses für eine Chorleiter-Organisation hauptberuflicher Musiker haben nunmehr zur Schaffung einer Chorleitergruppe innerhalb des Deutschen Musikerverbandes, Ortsverwaltung Karlsruhe, Vorsitzender Kammermusiker Rud. K. Guhr, geführt. Der Zweck dieses Zusammenschlusses soll sein, daß das Chorgesangwesen nach und nach in die Hände von Berufsfachleuten gelegt und das Dilettantenunwesen ausgerottet wird. Dieses soll erreicht werden durch Gründung einer Chorleiterschule mit Sitz Karlsruhe, an welcher begabte und befähigte Berufsmusiker und Sänger des ganzen Landes Baden teilnehmen können. Als Gruppenführer wurde Herr Ottomar Voigt, 1. Konzertmeister des Bad. Landestheaters, welcher bereits Gruppenleiter der Musiklehrer ist, und als Arbeitsausschuß für die Chorleiterinteressen Herr Musikdirektor Eiffler gewählt.

(:) **Heimattreffen der Württemberger in der Landeshauptstadt Stuttgart vom 30. Juli bis 2 August 1932.** Die Vorbereitungen für ein großes Heimattreffen der Württemberger aus allen Teilen Deutschlands, dem Kontinent und Uebersee sind in vollem Gange. Man rechnet mit einem Besuch von Hunderttausenden von Menschen in diesen Tagen in Stuttgart. Es wird u. a. in der Stadthalle ein volkstümlicher Begrüßungsabend, eine öffentliche Kundgebung für Heimat, Vaterland und Auslandsdeutschtum im Schloßhof stattfinden und ein großer historischer Trachtenfestzug durchgeführt werden. Nähere Auskunft erteilt der Verein der Württemberger, Karl König, Karlsruhe, Rintheimerstraße 2.

Veranstaltungen

Ein großer Meister und Könner des Liedes ist Kammersänger Heinrich Schlusnus, der 1. Baritonist der Staatsoper Berlin, welcher am Dienstag, den 16. Februar, in der städt. Festhalle den einzigen Arien- und Liederabend dieses Jahres mit einem ausgewählten Programm gibt. Wieder hat das gesangliebende Publikum Gelegenheit, die unerreichte Höhe einer Stimme und Sprechschulung, die strahlenden Klänge der prachtvollen Stimme des ungemein beliebten Künstlers zu bewundern. Einlaßkarten für das außergewöhnliche Sonderkonzert sind in verschiedenen Preislagen in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiser-, Ecke Waldstraße, Telephon 388, erhältlich.

Lichtspielhäuser

Residenz-Lichtspiele, Waldstraße 30

Von der Direktion wird uns geschrieben: Heute findet in den Residenz-Lichtspielen die Premiere des ersten deutschen humorvollen Abenteurer-Tonfilms: „Die Abenteurerin von Tunis" statt. Es wird dies für uns Karlsruher ein besonderes Erlebnis werden, da Frau Ellen Richter ihr persönliches Erscheinen zu dieser Premiere zugesagt hat. Frau Ellen Richter, die sicherlich noch manchem von uns in angenehmster Erinnerung ist, da sie ja vor etwa 1½ Jahren schon einmal hier war, doch damals noch zu einem stummen Film, wird uns diesmal persönlich von ihren außerordentlich spannenden und abwechslungsreichen Erlebnissen bei ihrem ersten Tonfilm erzählen. Wir möchten darum der beliebten, temperamentvollen Künstlerin nicht vorgreifen und Frau Richter in ihrer bekannten liebenswürdigen und scharmanten Art plaudern lassen. Es soll nur kurz darauf hingewiesen werden, daß die Regie von Dr. Willi Wolff meisterhaft geführt wird. — Der Tonfilm hat bisher ein Genre von Filmen vernachlässigt, das im stummen Film sich als besonders beliebt erwiesen hat. Mit diesem Film bringt Dr. Willi Wolff dies beliebte Sujet zum erstenmal im Tonfilm. Dr. Wolff und Ellen Richter, deren Expeditionsfilme immer Neuartiges brachten, erfreuen uns diesmal in der „Abenteurerin von Tunis" mit ganz besonderer Vielseitigkeit. Alles weitere soll nun Frau Richter uns persönlich erzählen. Die genauen Zeiten ihres Auftretens sind in den näheren Anzeigen angegeben.

Colosseumtheater. Um den Erwerbslosen und Kleinrentnern sowie sämtlichen Kindern Gelegenheit zu geben, das zur Zeit engagierte fabelhafte Varieté-Programm zu besuchen, hat sich die Direktion entschlossen, heute Nachmittag 3.30 Uhr eine billige Vorstellung einzuschieben. Die Eintrittspreise betragen 30 und 50 Pfg. Für diese billigen Preise wird trotzdem das volle Abend-Programm geboten. Das derzeitige Programm bildet das Tagesgespräch von Karlsruhe und zwar mit Recht, da sämtliche Künstler nur mit Spitzenleistungen der edlen Varieté-Kunst aufwarten. Abends 8 Uhr findet die übliche Vorstellung ebenfalls statt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spielleute: Heute Mittwoch Probe sämtlicher Spielleute einschließlich Fanfaren.

Schutzsport: Freitag, 12. Februar, 8 Uhr abends, Versammlung im Volkshaus.

Küppurr

Ueberall rafft sich die Arbeiterschaft auf, um der faschistischen Gefahr wirkungsvoll entgegenzutreten. Deshalb rufen auch wir die Arbeiterschaft unseres Vorortes auf zu einer großen Kundgebung, die am Sonntag, den 14. Februar, nachm. 5 Uhr im Saale des Gasthauses zum „Grünen Baum" stattfindet. Ein guter Redner ist gewonnen in dem Genossen Pfarrer Bollmann aus Pforzheim. Er spricht über das Thema: „Der Scheinsozialismus der Nationalsozialisten". Arbeiter, sorgt für Massenbesuch.

Berliner Devisennotierungen (Mittelkurs).

		9. Februar		8. Februar	
		Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	100 Fl.	169.63	169.97	169.58	169.92
Italien	100 L.	21.65	21.89	21.95	21.99
London	1 Pfd.	14.48	14.52	14.46	14.50
Newyork	1 Doll.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris	100 Fr.	16.56	16.60	16.57	16.61
Prag	100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweiz	100 Fr.	82.91	82.27	82.10	82.26
Spanien	100 Pes.	32.47	32.53	32.22	32.28
Stockholm	100 Kr.	81.52	81.68	81.52	81.68
Wien	Schilling	49.95	50.05	49.9	50.05

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 8. Februar: Irma Jäger, alt 50 Jahre, Ehefrau von Friedrich Jäger, Stadtkassendirektor. Feuerbestattung am 11. Februar, 11.30 Uhr. Heinz, alt 2 Monate 13 Tage, Vater Johann Strebel, Kraftfahrer. Beerdigung am 10. Februar 11.30 Uhr. Friedrich, alt 1 Jahr 7 Monate 12 Tage, Vater Friedrich Ramminger, Polizeibeamter. Verdigung am 10. Februar, 11.30 Uhr. — Ilse Irmgard, alt 14 Jahre, Vater Wilhelm Schuz, Schriftsetzer. Beerdigung am 10. Februar, 13.30 Uhr.

Kleine badische Chronik

Mord

* **Villingen, 9. Febr. Gestern abend gegen ¾6 Uhr wurde der 43 Jahre alte Hofbauer Ottfried Link in seinem Anwesen in Nordstetten bei Villingen von zwei Bettlern im Alter von etwa 25 Jahren ermordet. Link überraschte die beiden, die von hinten in seinen Hof eingedrungen waren und stellte sie zur Rede. Als er sie aus seinem Anwesen verweisen wollte, drang der eine mit einem Prügel auf ihn ein, während Link mit ihm rang, versetzte ihm der andere mit einem Messer einen Stich in die Herzgegend, der innerhalb weniger Minuten seinen Tod zur Folge hatte. Ein Knecht nahm die Verfolgung der flüchtenden Täter auf, konnte sie jedoch nicht mehr erreichen. Umfangreiche Fahndungsmaßnahmen sind eingeleitet, die durch eine genaue Personenbeschreibung erleichtert werden.**

Großfeuer im Schwarzwald

Villingen, 9. Febr. In Neuhausen bei Villingen brannte gestern abend das Doppelanwesen des sogenannten Grafenhofes vollständig nieder. Der Brand entstand auf bisher noch unbekannte Weise im Schopf und fand in den sehr alten Gebäuden, die zum größten Teil aus Holz erstellt sind, reiche Nahrung. Es entstand Zugfeuer, durch das die ganze Nachbarschaft und namentlich auch das Rathaus sehr gefährdet wurden. Dem Eingreifen der Ortsfeuerwehr sowie der Feuerwehr von Obereschbach und den Motorspritzen von Villingen und Königsfeld gelang es, in fünfstündiger Tätigkeit den Brand zu bekämpfen. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Man vermutet Brandstiftung.

Landwirtschaftliches Anwesen eingeäschert

Mimmenhausen (Amt Ueberlingen), 9. Febr. Gestern abend gegen 10 Uhr brach, während sich die Bewohner bereits im Bett befanden, im Anwesen des Landwirts August Zweifel Feuer aus. Trotz sofortigen Eingreifens der Ortsfeuerwehr und der Motorspritze von Salem brannte das Anwesen vollständig nieder. Nur das Vieh wurde gerettet. Der Gebäudeschaden wird auf 8000 RM. geschätzt. Brandursache ist noch unbekannt.

Vierjähriges Kind vom Auto überfahren und getötet

Mannheim, 9. Febr. Am Montag nachmittag gegen 3 Uhr ereignete sich auf der Hauptstraße in Feudenheim ein tödlicher Unfall. Das vierjährige Töchterchen Gisela des stellenlosen Kaufmannes Ernst Wildhirt lief beim Ueberqueren der Straße, nur wenige Schritte vom elterlichen Hause entfernt, in ein Lastauto des städtischen Gas- und Wasserwerks hinein. Das Kind wurde zu Boden gerissen und so schwer am Kopfe verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ein Verschulden des Autoführers scheint nicht vorzuliegen.

Selbstmord im Stadtwald

Heidelberg, 9. Febr. Gestern abend wurde im Stadtwald, in der Nähe von Ziegelhausen die Leiche eines Mannes aufgefunden, der sich erschossen hat. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um den 62 Jahre alten Kaufmann **Adolf Goldschmidt** aus der Rohrbacher Straße handelt, der vermutlich aus **wirtschaftlichen Gründen in den Tod ging.** Er ist der Vater des im vorigen Jahr zu einer Gefängnisstrafe verurteilten Geschäftsführers Alfred Goldschmidt von der zusammengebrochenen Wohnungsbau G. m. b. H.

Eigenartiger Unfall mit Todesfolge

Appenweier, 9. Febr. Der Friseurmeister **Ignatz Huber** rutschte auf einer Leiter aus, fiel durch die Sprossen und blieb so unglücklich hängen, daß er erstickte, ehe Hilfe zur Stelle war. Huber war 54 Jahre alt.

*

i. **Flehingen.** Der Wagnermeister Josef Hirsch brachte beim Sägen mit der Sägmaschine seine Hand in die Säge, wodurch ihm zwei Finger abgerissen wurden.

i. **Flehingen.** Dieser Tage wurde das aufbereitete Holz in den Gemeindewaldungen öffentlich versteigert. Die Zahl der Kaufliebhaber war nicht gering und auch die Nachfrage kann nicht als schlecht bezeichnet werden, wenn auch gegenüber dem Vorjahr ein Mindererlös von etwa 3000 ℳ erzielt wurde. Doch hat man angesichts der allgemeinen Geldknappheit damit rechnen müssen, wie dies auch im Anschlag, der in den meisten Fällen erreicht wurde, geschehen ist. Den besten Absatz erzielten Wellen.

i. **Forst.** In einer der letzten Nächte wurde an drei verschiedenen Plätzen Wäschediebstähle ausgeführt. Obwohl die ersten Nachforschungen ergebnislos verliefen, kamen die Eigentümer der Wäsche doch wieder in den Besitz, da an einem der folgenden Tage die ganze Wäsche wieder in einem Garten am Ortsausgang nach Weiher aufgefunden wurde. Der Dieb scheint Reue empfunden zu haben.

Mühlbach. Der **Arbeitergesangverein** hat am Sonntag seine gutbesuchte Generalversammlung abgehalten. Die Berichte des Gesamtvorstandes wurden gutgeheißen und den engeren Vorstandsmitgliedern durch einstimmige Wiederwahl das Vertrauen ausgesprochen. Vorsitzender ist Genosse Andreas Wüst, Kassier Aug. Mann, Schriftführer Otto Ege. Der Monatsbeitrag wurde von 40 Pf. auf 30 Pf. ermäßigt.

Bofsheim (bei Adelsheim). Die beiden 19 Monate alten Zwillingskinder des Tünchers Thomas Ranzenberger spielten in Gegenwart der Eltern im Zimmer. Plötzlich kam das eine Kind, ein Mädchen, mit der Milchflasche zu Fall; diese zersplitterte und die Glasscherben drangen dem bedauernswerten Geschöpf in das linke Auge. Die Kleine wurde sofort in die Heidelberger Klinik verbracht, wo das Auge entfernt werden mußte.

Buggingen. Im Kaliwerk Buggingen ereignete sich unter Tage ein Unfall. Der Werkarbeiter und Landwirt Ernst Arnold von Buggingen wurde von abstürzendem Gestein getroffen und erlitt eine schwere Oberschenkelverletzung sowie Kopfverletzungen, die seine Verbringung in die Freiburger chirurgische Universitätsklinik notwendig machte.

i. **Neibsheim.** Die hiesige Handarbeitslehrerin Frau Rinderspacher, die seit 26 Jahren ihre Tätigkeit ausübte, wird aus gesundheitlichen Gründen ihren Dienst aufgeben. Durch die gewissenhafte und sorgfältige Ausbildung der Schülerinnen hat sie sich große Verdienste und allgemeine Anerkennung erworben.

Eine Auseinandersetzung mit den Nazis

Welsch-Neureut. Sonntag, 7. d. Mts. hielt die **NSDAP.** hier in ihrem Lokal „zum Adler" eine **öffentliche Versammlung** ab mit dem Thema „Nationaler oder internationaler Sozialismus". Bisher haben wir die Hitlerversammlungen links liegen lassen, denn wir wollten den Herrschaften nicht ihr Lokal füllen, dieses Mal ging die Arbeiterschaft hin, weil die Ortsgruppenleitung der Hitler uns zweimal schriftlich und öffentlich eingeladen und uns ausdrücklich ¾ Stunde Redezeit zugesichert hatte. Ein Nichtbingehen hätten die Hitler uns als Schwäche angerechnet. Der Nazi **Kemper** zog dann 2 Stunden lang alle Register der Demagogie mit voller Lungenkraft, um den Zuhörern zu beweisen, daß gerade das Gegenteil **wahr** ist, was **Feder** in dem Programm der NSDAP. festgelegt und was Hitler bisher programmatisch erklärt hat. Den ganzen Unsinn dieser Rede kann man in einem kurzen Artikel nicht widerlegen. Nur einiges sei herausgegriffen. Kemper sagte, wenn ein Betrieb so groß sei, daß ihn der Inhaber nicht mehr selbst übersehen könne, dann werde die Hitlerpartei ihn sozialisieren; Hitler aber erklärte vor den Großindustriellen in Düsseldorf auf die Frage, ob er, wenn er zur Macht gekommen, die Werke Vögler, Krupp, Thyssen usw. enteignen würde: **„Glauben Sie ich bin so wahnsinnig, die Wirtschaft zu zerstören."** Auf die Frage, ob es im Dritten Reich auch Betriebsräte gäbe, erklärte Hitler, die Nationalsozialisten würden im Dritten Reiche **keine Betriebsräte** dulden. Im Betrieb dürfe nur der Unternehmer das Wort führen. Auf die Frage, welche Maßnahmen Hitler zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise durchführen wolle, erklärte er: **„Wir werden niedrigste Löhne festsetzen!"** Diese Beantwortung der drei Fragen genügen schon, um die **Haltlosigkeit** der Rede des „Pg." Kemper zu beweisen. Kemper meint mit nationalem Sozialismus Entrechtung der Arbeiterschaft, Herrschaft des Herrenmenschentums über das Untermenschentum.

Gen. **Kappes,** der Redner der SPD., zeigte dann in halbstündiger Rede das **Doppelgesicht** des Nationalsozialismus. Er verglich es mit einer doppelseitigen Schallplatte, je nach der Zuhörerschaft wird diese oder jene Seite aufgemacht. Den **Kommunisten** wollten die Hitler keine Redefreiheit gewähren, sie ließen sich aber dann doch gnädiglich herbei und gaben einem Redner das Wort. Der Kommunist beschwerte sich, daß Kemper nicht viel an den Kommunisten auszusetzen wußte so daß man eigentlich nicht einhaken könne. Kemper erwiederte, **da steckt Politik dahinter;** sie wollen die KPD. eben jetzt nicht vor der Reichspräsidentenwahl verärgern, damit Thälmann dem hitlerischen Reichspräsidenten in den Sattel verhilft. Die Hitler wollen unter allen Umständen aus der Uneinigkeit der Arbeiterschaft für sich Kapital schlagen. Auf die Rede des Gen. Kappes ging Kemper in recht demagogischer Weise ein, er stellte Tatsachen direkt auf den Kopf, so daß ihn Kappes öfters ermahnen mußte, **bei der Wahrheit zu bleiben,** und die vorurteilslosen Hitlerzuhörer nicht in solch grasser Form anzuschwindeln. Auf den Zwischenruf des Gen. Kappes „Herr Kemper, das glauben Sie selbst nicht", erklärte der Nazilokalwirt **Jakob Glutsch jg., Kemper braucht es nicht zu glauben, was er sagt, wenn es nur die Zuhörer glauben.** Nach diesem Ausspruch kennt die Dummheit der Nazizuhörer keine Grenzen mehr. Mehr Demagogie und Dummheit kann an einem Abend nicht mehr verzapft werden, und Gen. Kappes erklärte Herrn Kemper, daß er es müde ist solch albernes Geschwätz noch länger mit anzuhören, er wisse seine Zeit besser zu verwenden. Es fehlte Herrn Kemper in seinem Schlußwort der gute Wille, auf die sehr sachlichen und wahrheitsgemäßen Ausführungen des Gen. Kappes einzugehen, weil Kemper offenbar nicht in der Lage war, die Rede des Gen. Kappes zu widerlegen. Da fehlt eben dem Kemper, der geistige Horizont. Kappes verließ desbalb das Lokal. Die Nazis werden ein Siegesgeheul anstimmen; der geistig rege Teil der Versammlungsbesucher wird jedoch den grassen Unterschied zwischen dem Gebrüll des Kemper, wenn wenig Sinn in der Rede steckt, wird sie auch durch noch so lautes Schreien nicht sinnvoller, und der geistig hochstehenden, mit sehr guter Rhetorik gehaltenen Rede des Gen Kappes, erkannt haben. Für uns Neureuter Marxisten gilt nun wieder die Parole **wegbleiben!** Laßt die Hitler ihre Sprüche allein machen und füllt ihnen nicht mehr den Saal. Die Nazis werden an ihrer eigenen Doppelzüngigkeit und Unwahrhaftigkeit zugrunde gehen, auch ohne unser Dazutun. Das Erwachen der Naziproleten wird einmal ein großes, wenn Hitler sagen wird, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!

Tagung des badischen Gartenbaues

Pforzheim, 8. Febr. Der Landesverband Baden im Reichsverband des deutschen Gartenbaues e. V. hielt hier in Anwesenheit von Vertretern der Behörden, der Badischen Landwirtschaftskammer und des Reichsverbandes unter dem Vorsitz des Präsidenten Fritz Kocher-Mannheim seine gutbesuchte Jahresversammlung ab. Geschäftsführer Löhmann-Ettlingen erstattete den Jahresbericht, dem zu entnehmen war, daß auch am Gartenbaugewerbe die schlechte Wirtschaftslage deutliche Spuren hinterläßt. Als besondere Verbandsaufgaben werden die Bekämpfung der Einfuhr ausländischen Gemüses und Obstes und die Behandlung der Steuerfragen bezeichnet. Zwölf Mitglieder wurden für 25jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet und der Kollege Friedrich Wendling-Durlach zum Ehrenmitglied ernannt. Der Nachmittag brachte zwei Vorträge und zwar des Rechtsanwalts Dr. Otto Febrenbach-Freiburg über „Die heutige Wirtschaftslage" und des Diplom-Gartenbauinspektors Weinbausen-Berlin über „Friedhof- und Gartenausführungen". Letzterer wandte sich dabei insbesondere gegen den Wettbewerb der öffentlichen Hand.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Leseabend in der Alt-, Mittel- und Südweststadt

Donnerstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, in der Nähstube der Arbeiterwohlfahrt Leseabend. Vortrag des Genossen Landtagsabg. Trinks.

Bezirk Hardtwaldsiedlungen

Samstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr Bezirksgeneralversammlung. Anträge wollen bis spätestens 12. Februar an die Verwaltung mitgeteilt werden. Es ist Pflicht jeder Parteigenossin und jedes Parteigenossen, pünktlich zu erscheinen.

Bezirk Altstadt

Mittwoch, den 10. Februar, abends 20 Uhr, im Lokal zum König von Württemberg Bezirksversammlung Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Wilh. Koch „Her zur Eisernen Front". 2. Wahl der Bezirksleitung. Vollzähliges Erscheinen aller Genossinnen und Genossen dringend erforderlich.

Frauensektion

Die Hauptversammlung der Frauensektion findet nun bestimmt am Mittwoch, 10. Februar, abends 8 Uhr, in der Gambrinushalle statt. Gen. Hauptlehrer Haebler spricht über: „Die Frau vor hundert Jahren das Ideal des Faschismus". Wir bitten Genossinnen, Genossen, Volksfreundleser und die Jugend um zahlreichen Besuch.

Freier Hausfrauenbund

Unser nächste Zusammenkunft findet Donnerstag, 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Zentralverband der Angestellten, Gartenstraße 25, statt. Im Anschluß an das letztmonatige Thema, das das Problem der gebundenen Preise behandelte, spricht diesmal Gen. H. Baur über: „Wirtschaftliche Grundbegriffe des Sozialismus". Wir erwarten, daß unsere Mitglieder und Freunde zahlreich erscheinen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

GLORIA PALAST

Das Groß-Ton-Lustspiel

Der Schlemihl

Hauptdarsteller: 1156

CURT BOIS

La Jana

Hans Ad. Schlettow

BOIS kommt zu seinen größten Wirkungen — während des Films andauernd größtes Gelächter schreibt die Presse

Buntes nur tönendes Beiprogramm!

Anfang 3, 5, 7, 9 Uhr

Preise von 80 Pfennig an

KAMMER LICHTSPIELE

Heute das große Doppelprogramm!

1. **Der Ton- und Sprechfilm:**

Ich geh aus u. Du bleibst da

nach dem gleichnamigen Roman der Berliner Illustrirten Zeitung.

Hauptdarsteller:

CAMILLA HORN

Berthe Ostyn, Hans Brausewetter.

2. Schlager:

Zarte Schultern

Ein Liebesroman in 6 Akten mit

LAURA LA PLANTE

John Boles 1155

Anfang 3.00. Letzte Vorstellung 8.30 Uhr

COLOSSEUM

Achtung!! 1151

Erwerbslose, Kleinrentner und Kinder

zahlen gegen Ausweis bei der am **Mittwoch, den 10. Februar, nachmittags 3.30 Uhr,** stattfindenden

Sonder-Vorstellung

nur **30** oder **50** Pfg. und sehen dafür das ungekürzte

Abend-Programm.

Plakate

in ein- und mehrfarbiger Herstellung liefert schnell und preiswert die Verlagsdruckerei Volksfreund GmbH., Karlsruhe, Waldstraße 28

KURZWAREN 1153

billig Jetzt besonders billig

Zentimeter 150 cm lang	-.05
1 m Wäschebindeband viele Farben	-.06
1 Stck. Halbleinen- od. Köperband schw. od. weiß, versch. Breiten	-.06
4 Brief Nähnadeln verschiedene Stärken	-.07
3 Mtr. Gummi wasch- und kochbar, verschiedene Breiten, mit Durchziehnadel	-.10
1 Rolle Faden 200 m 3 fach	-.09
Wäscheträger Paar	-.09
Kopierrädchen	-.09
5 × 2 meter Halbleinenband	-.10
1 Rolle Reihgarn 20 Gramm	-.10
1 Coup. Trägerbd. ausreichend für 3 Paar	-.15
Stecknadeln 50 Gramm	-.11
Taschennähzeug	-.15
1 Karte Wäscheknöpfe 3 Dutzend	-.18
Paar D.-Strumpfhalter mit Klappschieber	-.18
Schablonenkast. verschiedene Schriften	-.20
4 Dtzd. Perlmuttknöpfe auf Karten	-.20
Aussteuerschabl. groß	-.20
5 m Gummi wasch- und kochbar	-.22
Rolle Faden 500 m 3 fach	-.23
Haushaltschere extra groß	-.42

Burchard

A. Werthhammer

MALERMEISTER

Luisenstraße 37, Tel. 7365

Ausführung aller Maler-Arbeiten

8733 solid und preiswert.

Gebrauchte Möbel

(gute) aller Art werden angekauft und verkauft 1139

Schirrmann, Markgrafenstr. 43

WINTER 1931 1932

wir wollen helfen!

Gebt bitte alle für Winternothilfe 1931/32

Waldstr. 30 Tel. 6111

Resi

3.30 6.00 8.30

Vorverkauf ab 3 Uhr

Heute Premiere

mit gleichzeitigem **persönlichem Gastspiel** der **Hauptdarstellerin** Frau

Ellen Richter

in ihrem **spannenden** u. **humorsprudelnden** Ton- u. Sprechfilm

Die Abenteuerin von Tunis

Ein lustiger Reise-Sensationsfilm unter dem Motto:

Treffpunkt Afrika!

Regie: Dr. Willi Wolf

In den Hauptrollen

Ellen Richter

Theo Shall, Karl Huszar-Puffy, Ferd. Hart, Rosa Valetti, J. Falkenstein, Henry Bender,

Dr. Ph. Manning 1158

Frau Ellen Richter tritt

heute u. morgen

um 4.00 6.15 9.00 Uhr auf

Der Blitz am Mittwoch!

Damen-Strumpf

Wolle mit Kunstseide plattiert, schwere Qualität **1.70**

Gummi-Hausschürze Stück **-.38**

Burchard

Reste

Abschnitte

Angestaubte Waren

ab heute im Verkauf!

Jeder Preis eine Sensation!

Burchard

Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.

Mittwoch, 17. Februar, abends 20 Uhr, im „Elefanten"

General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Beratung eingegangener Anträge. 3. Neuwahl des Vorstandes. 1125

Anträge, die in der General-Versammlung zur Beratung kommen sollen, sind spätestens bis Montag, den 15. Februar, bei dem Vorsitzenden Genossen W. Koch, Sofienstraße 30, einzureichen. **Der Vorstand**

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)

Geschäftsstelle (nur briefl.) Baumeisterstr. 32, Stb. IV **Sprechstunden** jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack", jeden Mittwoch „Unter den Linden" Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7½ Uhr

Amtliche Bekanntmachungen

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe von Steuererklärungen für die Veranlagung 1932.

Die Steuererklärungen für die Veranlagung 1932 zur Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer für die im Kalenderjahr 1931 endenden Steuerabschnitte sowie die beantworteten Fragebogen über die Gewerbeertragsteuer sind in der Zeit vom **15. bis 29. Februar 1932** unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung (Beantwortung des Fragebogens) verpflichtet sind, erhalten vom Finanzamt einen Vordruck zugesandt. Die durch das Einkommensteuergesetz, Körperschaftssteuergesetz, Umsatzsteuergesetz, sowie Grund- und Gewerbesteuergesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vordruck nicht übersandt ist, bleibt unberührt; erforderlichenfalls haben die Pflichtigen Vordrucke vom Finanzamt anzufordern. 271

Karlsruhe, den 9. Februar 1932.

Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Denkt an die hungernden Vögel!

Streut PFANNKUCHS

Spezial-Vogelfutter

für Wildvögel

Pfund **25** ₰

½ Pfund **13** ₰

Pfankuch

5% Rückvergütung

Badisches Landestheater

Mittwoch, 10. Febr.

*A 18

(Mittwochmiete)

Th.-Gem. 1—100

Napoleon oder Die hundert Tage

Drama von Grabbe

Regie: Baumbach

Mitwirkende: Bertram Ehrhardt, Ermarth, Ervig, Frauendorfer Genter, Rademacher, Seiling, Zant, Fritz, Blum, O. Höcker, Kratzer, Brand, Dahlen, Ernst Gemmecke, Herz, Hierl, Höcker, Hospach, Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Luther, Mehner, P. Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Grimm, Eich, Kuhr, Kilian, Lindemann, Meyer, H. Müller, Mateo, Nagel, Schmitt, Seibert Schönthaler.

Anfang **19.30** Uhr Ende nach 22 Uhr

Preise B (0.70—4.20 ℳ) 270

Do. 11. 2. Der Graue

Fr. 12. 2. Der Widerspenstigen Zähmung.

Sa. 13. 2. Napoleon oder Die hundert Tage

So. 14. 2. Nachmittags: Im weißen Rößl. Abds. Othello. Im Konzerthaus: Der Vetter aus Dingsda.

Dunkel eichen. **Standgrammophon,** Doppelfederwerk mit 15 schön. doppelseitigen Platten für 38 ℳ abzugeben Karlstr. 132, part. lks

Fast neuer **Standgrammophon** billig zu verkaufen. **Jak. Hocker,** Süßerstr. 3. 9318

Feuerbestattungsverein Karlsruhe E.V.

(über 1500 Mitglieder).

Alle Anhänger der Feuerbestattung werden hierdurch zum Beitritt eingeladen. Jahresbeitrag **3** Mk., Aufnahmegebühr **1** Mk. Nach zweijähriger Wartezeit schon **40** Mk. Sterbegeld, steigend bis **100** Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft; diese ersetzt letztwillige Verfügung und Inanspruchnahme von Zeugen. Vereinfachung der Formalitäten. Anmeldungen an: 1150

F. Wildenthaler, Boeckhstr. 52. Tel. 7998

EISERNE FRONT DER AUFKLÄRUNG

WELS / HÖLTERMANN

GRASSMANN / WILDUNG

Eiserne Front

Vier Aufrufe . . . . . -.15

FRIEDRICH WENDEL

Hitler gegen die Lebensinteressen Deutschlands!

Der beabsichtigte Krieg gegen Frankreich-Rußland und die Randstaaten . . . . . -.15

OTTO MÄNCHEN - HELFEN

Rußland und der Sozialismus . . . . -.20

Parteigenossen, Gewerkschafter! Sorgt für Massenverbreitung dieser neuen Broschüren. Parteivereine, Volksfreundfilialen und Trägerinnen bitten wir um umgehende Aufgabe der Bestellung.

Volksfreund-Buchhandlung

Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 / Fernruf 7020/21

Pfänder-Versteigerung.

Am **Mittwoch,** den **17. Febr. 1932, vormittags von 9 Uhr u. nachmittags von 14 Uhr an,** findet im Versteigerungslokal des Städtischen Leihhauses Schwanenstr. 6, 2 St., die **öffentl. Versteigerung der verfallenen Pfänder vom Monat Juni 1931 Nr. 17 457 bis mit Nr. 21 213 gegen Barzahl. statt.** Zur Versteigerung gelangen: Fahrräder, Nähmaschinen, Koffer, Schuhwerk, Herren- u. Damenkleider, Wäsche, Stoffe, Bestecke, Feldstecher, goldene und silb. Uhren, Juwelen, Musikinstrumente usw. **Fahrräder u. Nähmaschinen** kommen Mittwochs 14 Uhr mittags zur Versteigerung.

Das Versteigerungslokal wird ½ Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Kasse bleibt an dem Versteigerungstage und am Tage vorher nachmittags geschlossen. 272

Karlsruhe, 30. Jan. 1932

Städt. Pfandleihkasse

Zelt für 2 Pers. reich., zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. H1223 an den Volksfr.

Noch gut erhaltener **4-flam. Gasbackofen** mit 2 Backröhren billig zu verkaufen. Anzuseh. bei **Nachmann,** Stefanienstraße 63.

Junger Mann, 20 Jahre alt, **sucht Stellung,** gleich welcher Art, auch auswärts. **August Kaiser,** Morgenstr. 9

Verloren! Hornbrille in braunem Lederfutteral. Abzug gegen Finderlohn. Forchheimer Str. 34 **Gartenst. Grünwinkel.**

Kinderloses Ehepaar, sicherer u. pünktl. Zahl., sucht auf 1. April **2- bis 3-Zimmer-Wohnung** Südstadt bevorzugt. Off. mit Preisangabe u. S 286 a. d. Volksfreund.

Ein leeres heizbares **Zimmer** od. auch Mansarde **gesucht.** Angeb. mit Preisangabe unter Nr. 1152 an d. Volksfr.

Möbliertes **Mansarden-Zimmer** sofort zu vermieten. **Steinstr. 9,** III r. B319

Ein **Lautsprecher** neu, zu verkaufen. Preis 18 ℳ. 8222 **Fasanenstr. 9, II links.**

Aufruf

an jene zwei Motorradfahrer, welche im August 1928 abends zwischen 7 und 8 Uhr auf einem Motorrad von Rastatt nach Karlsruhe zu fuhren. Unweit des Uebergangs zwischen Oetigheim und Bietigheim waren dieselben Augenzeugen davon, wie ein Fuhrmann von einem Radfahrer angegriffen wurde, diesem die Hinterschleuse vom Wagen riß und auf den Wagen sprang, so daß der Fuhrmann sich gezwungen sah, mit einem Bengel sich zur Wehr zu setzen, um den aufdringen Radfahrer wieder vom Wagen los zu werden. Die beiden Motorradfahrer werden gebeten, sich sofort gegen Belohnung unter Nr. 1149 im Verlag des Volksfreund zu melden.

Schlafzimmer

Unter einer Sendung Schlafzimmer befand sich eines, welches kleine Farbdifferenzen hat. Wir haben uns deshalb entschlossen, solches zu 190 ℳ abzugeben. Diese Gelegenheit müssen Sie unbedingt ausnützen, denn eine solche wird Ihnen nicht jeden Tag geboten. Das Schlafzimmer besteht aus: 2 Bettstellen in normaler Größe, 2 Nachttische, niedere, breite Form, 1 Garderobeschrank, 1 Waschkom. m. Kristallspieg., 2 Stühle, 1 Handtuchhalter. Wenn man von dem Farbenunterschied nichts weiß, fällt dieser gar nicht auf. Der Preis ist so niedrig, daß Sie den kleinen Fehler gerne in Kauf nehmen werden. 1154

Möbelhaus Marx Kahn. Waldstraße 22. neben Colosseum

Sehr preiswert! **2 Oelbilder** (Landschaften), Gr. 50/62, m. breit. Goldrahmen Umstände halb. Stück z. 8 ℳ zu verkaufen **Hirschstr. 51,** I. l. 8310

Wer leiht ein. Kriegsbeschädigten 100 ℳ auf 4 Monate. Zins u. -vereinbarung. Adr. zu erfr. u. W314 im Volksfr.

In jede Familie den Volksfreund

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Blumenspenden zum Tode meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Albert Braun

sagen wir allen herzlichen Dank.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Frau Charlotte Braun.

Karlsruhe, den 9. Februar 1932. 1148

Städt. Sparkasse Karlsruhe

Sper-Alphabet

Ausschneiden u. aufbewahren!

Vergiß' den „Rob" nicht, rat' ich Dir, sonst ist das Reisen keine Plasier.

273